

Vorlage-Nr. 14/2386

öffentlich

Datum: 29.11.2017
Dienststelle: Fachbereich 06
Bearbeitung: Frau Babczyk

Landschaftsausschuss	13.12.2017	Beschluss
-----------------------------	-------------------	------------------

Tagesordnungspunkt:

**Änderung der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung des
Landschaftsverbandes Rheinland**

Beschlussvorschlag:

Die Änderung der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung des Landschaftsverbandes Rheinland wird gemäß Vorlage Nr. 14/2386 beschlossen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des
LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.

nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Aktionsplanes für
Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Gender Mainstreaming.

nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ifd. Jahr):

Produktgruppe:

Erträge:

Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan

Aufwendungen:

/Wirtschaftsplan

Einzahlungen:

Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan

Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:

Auszahlungen:

/Wirtschaftsplan

Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:

Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten

L u b e k

Zusammenfassung:

Aufgrund von Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie von den Gremien der Landschaftsversammlung gefassten Beschlüsse, die abweichende Verfahren festgelegt haben, ist eine Anpassung der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung des Landschaftsverbandes Rheinland notwendig.

Begründung der Vorlage Nr. 14/2386:

Aufgrund von Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen (z.B. durch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.06.2016, GV. NRW. S. 310) sowie von den Gremien der Landschaftsversammlung gefasste Beschlüsse, die abweichende Verfahren festgelegt haben, ist eine Anpassung der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung des Landschaftsverbandes Rheinland notwendig.

Im Detail sind die Änderungsvorschläge in der beigefügten Synopse durch Fettdruck hervorgehoben. Ebenfalls wurde in der Spalte "Bemerkungen" der Synopse jeweils eine kurze Begründung für den Änderungs-/Anpassungsbedarf aufgenommen.

Einzelne Verweise auf Normen der Geschäftsordnung der Landschaftsversammlung sind im Rahmen der Änderung der selbigen ggf. anzupassen. Diese sind in der beigefügten Synopse ebenfalls durch Fettdruck kenntlich gemacht und die Änderungen sind unter Vorbehalt vermerkt.

Im Auftrag

R a f i e

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>			<u>Änderungsvorschlag</u>			<u>Bemerkungen</u>
Gemäß § 13 Absatz 3 Satz 4, 2. Halbsatz der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. Seite 657), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes v. 24. März 2009 (GV. NRW. Seite 254), hat der Landschaftsausschuss am 14.07.2011 folgende Neufassung der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen erlassen:						
§ 1 Zuständigkeiten			§ 1 Zuständigkeiten			
(1) Ausschüsse	Federführendes Dezernat	Paragraph	(1) Ausschüsse	Federführende Organisations- einheit (OE)	Paragraph	redaktionelle Anpassung
Landschaftsausschuss	0	§ 3	Landschaftsausschuss	0	§ 3	
Ausschuss für Inklusion	0	§ 7	Ausschuss für Inklusion	0	§ 7	
Rechnungsprüfungsausschuss	02	§ 8	Rechnungsprüfungsausschuss	02	§ 8	
Ausschuss für Personal und Allgemeine Verwaltung	1	§ 9	Ausschuss für Personal und Allgemeine Verwaltung	1	§ 9	
Betriebsausschuss für LVR-InfoKom	Betriebsleitung	§ 10	Betriebsausschuss für LVR-InfoKom	Betriebsleitung	§ 10	
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	2	§ 11	Finanz- und Wirtschaftsausschuss	2	§ 11	
Bau- und Vergabeausschuss	2	§ 12	Bau- und Vergabeausschuss	3	§ 12	
Umweltausschuss	3	§ 13	Umweltausschuss	3	§ 13	
Landesjugendhilfeausschuss	4	§ 14	Landesjugendhilfeausschuss	4	§ 14	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>			<u>Änderungsvorschlag</u>			<u>Bemerkungen</u>
Betriebsausschuss	Betriebsleitung	§ 15	Betriebsausschuss	Betriebsleitung	§ 15	
LVR-Jugendhilfe Rheinland			LVR-Jugendhilfe Rheinland			
Schulausschuss	5	§ 16	Schulausschuss	5	§ 16	
Sozialausschuss	7	§ 17	Sozialausschuss	7	§ 17	
Ausschuss für den LVR-	8	§ 18	Ausschuss für den LVR-	8	§ 18	
Verbund Heilpädagogischer			Verbund Heilpädagogischer			
Hilfen als Fachausschuss			Hilfen als Fachausschuss			
Ausschuss für den LVR-	Betriebsleitung	§ 19	Ausschuss für den LVR-	Betriebsleitung	§ 19	
Verbund Heilpädagogischer			Verbund Heilpädagogischer			
Hilfen als Betriebsausschuss			Hilfen als Betriebsausschuss			
Gesundheitsausschuss	8	§ 20	Gesundheitsausschuss	8	§ 20	
Krankenhausausschüsse	Klinikvorstände	§ 21	Krankenhausausschüsse	Klinikvorstände	§ 21	
Betriebsausschuss LVR-	Betriebsleitung	§ 22	Betriebsausschuss LVR-	Betriebsleitung	§ 22	
Krankenhauszentralwäscherei			Krankenhauszentralwäscherei			
Kulturausschuss	9	§ 23	Kulturausschuss	9	§ 23	
(2) Die Zuständigkeiten der Ausschüsse ergeben sich aus den §§ 5, 11, 13, 23 LVerbO i.V.m. § 101 ff. GO NRW, § 71 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) – Kinder und Jugendhilfe, §§ 10, 14 AG-KJHG, § 3 Satzung für das LVR-Landesjugendamt, der GemKHBVO in der jeweils geltenden Fassung, § 5 EigVO, § 32 GeschO LVers sowie den Betriebssatzungen der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland.			(2) Die Zuständigkeiten der Ausschüsse ergeben sich aus den §§ 5, 11, 13, 23 LVerbO i.V.m. § 101 ff. GO NRW, § 71 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) – Kinder und Jugendhilfe, §§ 10, 14 AG-KJHG, § 3 Satzung für das LVR-Landesjugendamt, der GemKHBVO in der jeweils geltenden Fassung, § 5 EigVO, § 32 GeschO LVers sowie den Betriebssatzungen der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland.			Muss nach oder unter Vorbehalt der Änderung der GeschO angepasst werden. ➤ § 32 GeschO soll ersatzlos gestrichen werden (s. Anmerkung zur GeschO)
(3) Die in der Landschaftsverbandsordnung, anderen gesetzlichen Vorschriften und in Satzungen enthaltenen Zuständigkeiten werden durch die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der						

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen nicht berührt.		
§ 2 Landschaftsausschuss und Fachausschüsse Einspruchsrecht gegen Beschlüsse der Fachausschüsse	§ 2 Landschaftsausschuss und Fachausschüsse Einspruchsrecht gegen Beschlüsse der Fachausschüsse	
(1) Der Landschaftsausschuss beschließt über alle nicht der Landschaftsversammlung gemäß § 7 LVerbO vorbehaltenen Angelegenheiten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung oder solche Angelegenheiten handelt, die an Fachausschüsse oder die Direktorin / den Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland delegiert sind.		
(2) Entsprechendes gilt im Verhältnis zwischen den vom Landschaftsausschuss auf Fachausschüsse delegierten Angelegenheiten und den Entscheidungsbefugnissen der Direktorin / des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland.		
(3) Gegen Beschlüsse der Fachausschüsse in Angelegenheiten, die der Landschaftsausschuss ihnen gemäß § 11 Absatz 2 Satz 1 LVerbO zur selbstständigen Entscheidung übertragen hat, kann von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Fachausschusses oder einer Fraktion innerhalb einer Frist von acht Tagen nach der Beschlussfassung Einspruch eingelegt werden. Über den Einspruch, der an die Direktorin / den Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland zu richten ist, entscheidet der Landschaftsausschuss in seiner nächsten Sitzung.		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 3 Landschaftsausschuss	§ 3 Landschaftsausschuss	
(1) Der Landschaftsausschuss beschließt über alle nicht der Landschaftsversammlung gemäß § 7 LVerbO vorbehaltenen Angelegenheiten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Er hat insbesondere: 1. die Beschlüsse der Landschaftsversammlung vorzubereiten und durchzuführen, 2. die Tätigkeit der Fachausschüsse zu überwachen und aufeinander abzustimmen, 3. die Verwaltungsführung der Direktorin / des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland zu überwachen.		
(2) Er gibt auf Vorschlag des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung eine Empfehlung zur Besetzung von Stellen der Fachbereichsleitungen und der Leitungen der Außendienststellen des Landschaftsverbandes Rheinland.		
(3) Er entscheidet insbesondere über: 1. Bestellung der vom LVR zu bestimmenden Vertreterinnen und Vertreter des LVR, die zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organe, Beiräte oder Ausschüsse juristischer Personen oder Personenvereinigungen entsandt werden. § 113 Absatz 2 Satz 2 GO NRW ist zu beachten, 2. Beteiligung an übergeordneten regionalen Projekten, 3. Einstellung und Beförderung der Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst) oder einer höheren Besoldungsgruppe,	(3) Er entscheidet insbesondere über: 1. Bestellung der vom LVR zu bestimmenden Vertreterinnen und Vertreter des LVR, die zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organe, Beiräte oder Ausschüsse juristischer Personen oder Personenvereinigungen entsandt werden. § 113 Absatz 2 Satz 2 GO NRW ist zu beachten, 2. Beteiligung an übergeordneten regionalen Projekten, 3. Einstellung und Beförderung der Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 13 (Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt) LBesO oder einer höheren Besoldungsgruppe,	Anpassung an das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land NRW vom 14. Juni 2016

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>4. Einstellung von Beschäftigten, sowie Abschluss, Verlängerung und Entfristung von Zeitverträgen von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVÖD und höher, soweit nicht Beschäftigte der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR betroffen sind. Davon ausgenommen sind die bis zu einem Jahr befristeten Einstellungen, sowie deren Verlängerungen bis zu einem Jahr, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für 100 % fremdfinanzierten Maßnahmen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege.</p> <p>5. Abberufung und Bestellung zum Prüfer oder zur Prüferin des Fachbereichs Rechnungsprüfung,</p> <p>6. Zustimmung zu Verträgen zwischen Mitgliedern der Landschaftsversammlung oder ihrer Ausschüsse und dem LVR,</p> <p>7. Aufstellung, Änderung und Ergänzung des LVR-Aktionsplanes für Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Gender Mainstreaming,</p> <p>8. Angelegenheiten, die ihm als der obersten Dienstbehörde vorbehalten sind,</p> <p>9. Vertretung der Direktorin / des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland und Geschäftsverteilung der Landesräte und Landesrätinnen (§ 20 Absatz 1 Satz 3 LVerbO) sowie Grundsatzangelegenheiten des Personal und Organisationswesens, soweit nicht ausschließlich die LVR-Kliniken betroffen sind. Wird die Zuständigkeit des Landesjugendhilfeausschusses durch Entscheidungen über Grundsatzangelegenheiten des Personal- und</p>	<p>4. Einstellung von Beschäftigten, sowie Abschluss, Verlängerung und Entfristung von Zeitverträgen von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVÖD und höher, soweit nicht Beschäftigte der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR betroffen sind. Davon ausgenommen sind die bis zu einem Jahr befristeten Einstellungen, sowie deren Verlängerungen bis zu einem Jahr, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für 100 % fremdfinanzierten Maßnahmen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege.</p> <p>5. Abberufung und Bestellung zum Prüfer oder zur Prüferin des Fachbereichs Rechnungsprüfung,</p> <p>6. Zustimmung zu Verträgen zwischen Mitgliedern der Landschaftsversammlung oder ihrer Ausschüsse und dem LVR,</p> <p>7. Aufstellung, Änderung und Ergänzung des LVR-Aktionsplanes für Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Gender Mainstreaming,</p> <p>8. Angelegenheiten, die ihm als der obersten Dienstbehörde vorbehalten sind,</p> <p>9. Vertretung der Direktorin / des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland und Geschäftsverteilung der Landesräte und Landesrätinnen (§ 20 Absatz 1 Satz 3 LVerbO) sowie Grundsatzangelegenheiten des Personal und Organisationswesens, soweit nicht ausschließlich die LVR-Kliniken betroffen sind. Wird die Zuständigkeit des Landesjugendhilfeausschusses durch Entscheidungen über Grundsatzangelegenheiten des Personal- und</p>	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Organisationswesens berührt, ist diesem vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben,</p> <p>10. über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen von erheblichem Umfang; erheblich sind:</p> <p>a) überplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, die auf gesetzlichen Ansprüchen und Tarifverträgen beruhen, wenn sie sich im Einzelfall auf mehr als 250.000 € oder mehr als 50 % des Ansatzes, mindestens jedoch auf 100.000 € belaufen,</p> <p>b) alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen, soweit sie im Einzelfall mindestens 100.000 € betragen;</p> <p>11. über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen von erheblichem Umfang; erheblich sind über und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, wenn sie im Einzelfall mehr als 20 % der veranschlagten</p>	<p>Organisationswesens berührt, ist diesem vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben,</p> <p>10. über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen von erheblichem Umfang; erheblich sind:</p> <p>a) überplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, die auf gesetzlichen Ansprüchen und Tarifverträgen beruhen, wenn sie sich im Einzelfall auf mehr als 250.000 € oder mehr als 50 % des Ansatzes, mindestens jedoch auf 100.000 € belaufen,</p> <p>b) alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen, soweit sie im Einzelfall mindestens 100.000 € betragen,</p> <p>soweit in den Ausführungsbestimmungen zum LVR-Haushalt nichts anderes geregelt ist.</p> <p>11. Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume mit einer Monatsmiete/-pacht von über 15.000 € sowie Grundstücksgeschäfte von über 250.000 €; die Zuständigkeiten der Betriebsausschüsse für die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland bleiben unberührt,</p> <p>12. über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen von erheblichem Umfang; erheblich sind über und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, wenn sie im Einzelfall mehr als 20 % der veranschlagten</p>	<p><u>Zu Ziff. 10:</u> Vorlage 13/3306: "Überplanmäßige Aufwendungen liegen erst dann vor, wenn das Budget einer Produktgruppe insgesamt nicht ausreicht. Können überplanmäßige Aufwendungen innerhalb der Verantwortungsbereiche der Dezernate gedeckt werden, werden diese der politischen Vertretung angezeigt, gelten jedoch als genehmigt."</p> <p><u>Zu Ziff. 11 n.F.:</u> Dies dient der Klarstellung, dass der Finanz- und Wirtschaftsausschuss gemäß § 11 Abs. 2 Punkt 6 berät, der Landschaftsausschuss aber entscheidet. Diese ausdrückliche Entscheidungszuständigkeit fehlt in der derzeitigen Fassung der ZustVerfO</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Verpflichtungsermächtigungen und gleichzeitig mindestens 100.000 € betragen,</p> <p>12. Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Betriebsausschuss und der Kämmerin / dem Kämmerer über erfolgsgefährdende Mehraufwendungen und sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten, die den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland berühren,</p> <p>13. Behandlung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden, die aufgrund des allgemeinen Petitionsrechts schriftlich an die Vertretung des LVR gerichtet werden, soweit nicht die Betriebsausschüsse für die LVR-Jugendhilfe Rheinland (§ 14), für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Betriebsausschuss (§ 18) oder die Krankenhausausschüsse (§ 19) zuständig sind oder eine andere Zuständigkeit nach dem Maßregelvollzugsgesetz NRW besteht,</p> <p>14. die Verwendung der Mittel der regionalen Kulturförderung,</p> <p>15. die Verwendung der Mittel für das Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege.</p>	<p>Verpflichtungsermächtigungen und gleichzeitig mindestens 100.000 € betragen,</p> <p>13. Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Betriebsausschuss und der Kämmerin / dem Kämmerer über erfolgsgefährdende Mehraufwendungen und sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten, die den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland berühren,</p> <p>14. Behandlung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden, die aufgrund des allgemeinen Petitionsrechts schriftlich an die Vertretung des LVR gerichtet werden, soweit nicht die Betriebsausschüsse für die LVR-Jugendhilfe Rheinland (§ 15), für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Betriebsausschuss (§ 19) oder die Krankenhausausschüsse (§ 21) zuständig sind oder eine andere Zuständigkeit nach dem Maßregelvollzugsgesetz NRW besteht,</p> <p>15. die Verwendung der Mittel der regionalen Kulturförderung,</p> <p>16. die Verwendung der Mittel für das Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege.</p>	<p>redaktionelle Anpassungen</p>
<p>(4) Er entscheidet vor der Einzelplanung durch die Verwaltung einschließlich der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland mit Ausnahme der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes, der Krankenhauszentralwäscherei und des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen vor Vergabe von Planungsaufträgen durch Grundsatzbeschluss über:</p>	<p>(4) Er entscheidet vor der Einzelplanung durch die Verwaltung einschließlich der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland mit Ausnahme der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes, der Krankenhauszentralwäscherei und des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen vor Vergabe von Planungsaufträgen durch Grundsatzbeschluss über:</p>	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>1. Einleitung und Ziele von umfassenden Fachplanungen mit erheblichen organisatorischen, weitreichenden finanziellen oder personellen Konsequenzen, insbesondere bei:</p> <p>a) Fachplanungen, die Stellung und Aufgabe des LVR als Selbstverwaltungskörperschaft berühren,</p> <p>b) Fachplanungen, die Änderungen des Verfahrens bei der Erfüllung der Aufgaben des LVR bezwecken,</p> <p>2. Einzelprojekte, soweit es sich handelt um:</p> <p>a) Schaffung oder Übernahme von Einrichtungen, die nicht Pflichtaufgaben sind,</p> <p>b) Schaffung einer neuen oder Zweckänderung einer bestehenden Einrichtung, sofern die Folgekosten mehr als 250.000 € jährlich betragen,</p> <p>c) Errichtung, Zusammenlegung oder Auflösung von Dienststellen und Einrichtungen des LVR,</p> <p>d) Investitionsvorhaben / Instandhaltungen von mehr als 2.500.000 € Gesamtkosten bei Neueinrichtungen (Neu-, Um- oder Ausbau) oder bei sogenannten gebündelten Projekten. Der Landschaftsausschuss kann im Einzelfall auch Vorhaben mit einem geringeren Gesamtwert einem Grundsatzbeschluss vorbehalten.</p>	<p>1. Einleitung und Ziele von umfassenden Fachplanungen mit erheblichen organisatorischen, weitreichenden finanziellen oder personellen Konsequenzen, insbesondere bei:</p> <p>a) Fachplanungen, die Stellung und Aufgabe des LVR als Selbstverwaltungskörperschaft berühren,</p> <p>b) Fachplanungen, die Änderungen des Verfahrens bei der Erfüllung der Aufgaben des LVR bezwecken,</p> <p>2. Einzelprojekte, soweit es sich handelt um:</p> <p>a) Schaffung oder Übernahme von Einrichtungen, die nicht Pflichtaufgaben sind,</p> <p>b) Schaffung einer neuen oder Zweckänderung einer bestehenden Einrichtung, sofern die Folgekosten mehr als 250.000 € jährlich betragen,</p> <p>c) Errichtung, Zusammenlegung oder Auflösung von Dienststellen und Einrichtungen des LVR,</p> <p>d) Investitionsvorhaben / Instandhaltungen von mehr als 2.500.000 € Gesamtkosten bei Neueinrichtungen (Neu-, Um- oder Ausbau) oder bei sogenannten gebündelten Projekten. Der Landschaftsausschuss kann sich im Einzelfall auch für Vorhaben mit einem geringeren Gesamtwert einen Grundsatzbeschluss vorbehalten.</p>	<p>sprachliche Anpassung</p>
<p>(5) Er ist über die Aussprache einer haushaltswirtschaftlichen Sperre nach § 24 GemHVO oder die Abzeichnung einer Gefährdung des Haushaltsausgleiches zu unterrichten.</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 3a Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den Bereich der LVR-Kliniken / des LVR- Klinikverbundes	§ 3a Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den Bereich der LVR-Kliniken / des LVR- Klinikverbundes	
(1) Der Landschaftsausschuss beschließt über alle Krankenhausangelegenheiten, soweit sie nicht der Landschaftsversammlung, der Direktorin bzw. dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland und dem Klinikvorstand vorbehalten oder dem Gesundheits-, den Krankenhausausschüssen bzw. anderen politischen Fachausschüssen zur Entscheidung übertragen sind.		
(2) Er hat die Beschlüsse der Landschaftsversammlung vorzubereiten. Er berät insbesondere die Feststellung und Änderung der Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die Feststellung der Jahresabschlüsse nach Vorberatung in den Krankenhausausschüssen und dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss.		
(3) Er entscheidet über: 1. Gründung oder Übernahme von Einrichtungen oder wesentlichen Zweckänderungen von bestehenden Einrichtungen, 2. die Auflösung der LVR-Kliniken oder wesentlicher Teile unter Berücksichtigung der Empfehlung des Fachausschusses, 3. An- und Verkauf von Grundstücken sowie Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken, 4. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gesundheitsausschuss oder dem Krankenhausausschuss	(3) Er entscheidet über: 1. Gründung oder Übernahme von Einrichtungen oder wesentlichen Zweckänderungen von bestehenden Einrichtungen, 2. die Auflösung der LVR-Kliniken oder wesentlicher Teile unter Berücksichtigung der Empfehlung des Fachausschusses, 3. An- und Verkauf von Grundstücken sowie Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken, 4. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gesundheitsausschuss oder dem Krankenhausausschuss	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
und der Direktorin bzw. dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland sowie zwischen dem Gesundheitsausschuss oder dem Krankenhausausschuss und der Kämmerin bzw. dem Kämmerer, 5. Einstellung und Beförderung der Beamtinnen oder Beamten der Besoldungsgruppe A 13 h.D. oder einer höheren Besoldung, 6. Behandlung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden, die aufgrund des allgemeinen Petitionsrechts schriftlich an die Vertretung des LVR gerichtet werden, soweit nicht die Krankenhausausschüsse zuständig sind oder eine andere Zuständigkeit nach dem Maßregelvollzugsgesetz NRW besteht.	und der Direktorin bzw. dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland sowie zwischen dem Gesundheitsausschuss oder dem Krankenhausausschuss und der Kämmerin bzw. dem Kämmerer, 5. Einstellung und Beförderung der Beamtinnen oder Beamten der Besoldungsgruppe A 13 h.D. oder einer höheren Besoldung, 6. Behandlung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden, die aufgrund des allgemeinen Petitionsrechts schriftlich an die Vertretung des LVR gerichtet werden, soweit nicht die Krankenhausausschüsse zuständig sind (§ 21 Absatz 5 Nummer 4) oder eine andere Zuständigkeit nach dem Maßregelvollzugsgesetz NRW besteht.	redaktionelle Ergänzung
§ 3b Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	§ 3b Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	
(1) Der Landschaftsausschuss beschließt über alle Angelegenheiten der Einrichtungen, soweit sie nicht der Landschaftsversammlung, ihren Fachausschüssen, dem Direktor / der Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland oder der Betriebsleitung zur Entscheidung übertragen sind.	(1) Der Landschaftsausschuss beschließt über alle Angelegenheiten der Einrichtungen, soweit sie nicht der Landschaftsversammlung, ihren Fachausschüssen, der Direktorin / dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland oder der Betriebsleitung zur Entscheidung übertragen sind.	redaktionelle Anpassung
(2) Er hat die Beschlüsse der Landschaftsversammlung vorzubereiten. Er berät insbesondere die Feststellung und Änderung der Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die Feststellung der Jahresabschlüsse nach Vorberatungen in		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
dem Betriebsausschuss und dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss.		
<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gründung oder Übernahme von Einrichtungen oder wesentlichen Zweckänderungen von bestehenden Einrichtungen, 2. die Auflösung der Einrichtungen oder wesentlicher Teile unter Berücksichtigung der Empfehlung des Fachausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, 3. An- und Verkauf von Grundstücken sowie Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken, 4. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Fachausschuss oder dem Betriebsausschuss und der Direktorin bzw. dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland sowie zwischen dem Fachausschuss oder dem Betriebsausschuss und der Kämmerin bzw. dem Kämmerer, 5. Ernennung und Beförderung der Beamtinnen oder Beamten der Besoldungsgruppe A 13 h.D. oder einer höheren Besoldung, 6. Behandlung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden, die aufgrund des allgemeinen Petitionsrechts schriftlich an die Vertretung des LVR gerichtet werden, soweit nicht der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Betriebsausschuss zuständig ist. 	<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gründung oder Übernahme von Einrichtungen oder wesentlichen Zweckänderungen von bestehenden Einrichtungen, 2. die Auflösung der Einrichtungen oder wesentlicher Teile unter Berücksichtigung der Empfehlung des Fachausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, 3. An- und Verkauf von Grundstücken sowie Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken, 4. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Fachausschuss oder dem Betriebsausschuss und der Direktorin bzw. dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland sowie zwischen dem Fachausschuss oder dem Betriebsausschuss und der Kämmerin bzw. dem Kämmerer, 5. Ernennung und Beförderung der Beamtinnen oder Beamten der Besoldungsgruppe A 13 h.D. oder einer höheren Besoldung, 6. Behandlung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden, die aufgrund des allgemeinen Petitionsrechts schriftlich an die Vertretung des LVR gerichtet werden, soweit nicht der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Betriebsausschuss zuständig ist (§ 19 Absatz 3 Nummer 3). 	<p>redaktionelle Ergänzung</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 3c Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den Bereich der Krankenhauszentralwäscherei	§ 3c Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den Bereich der Krankenhauszentralwäscherei	
(1) Der Landschaftsausschuss beschließt über alle Angelegenheiten des Betriebes, soweit sie nicht der Landschaftsversammlung, ihren Fachausschüssen, der Direktorin / dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland oder der Betriebsleitung zur Entscheidung übertragen sind.		
(2) Er hat die Beschlüsse der Landschaftsversammlung vorzubereiten. Er berät insbesondere die Feststellung und Änderung der Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die Feststellung der Jahresabschlüsse nach Vorberatungen in dem Betriebsausschuss und dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss.		
(3) Der Landschaftsausschuss entscheidet über: Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung: 1. Stilllegung bzw. Hinzufügen wesentlicher Betriebsteile, 2. Aufgabenstellung im Sinne des § 1 Absatz 2 BS KHZW, 3. Ziel- und Liegenschaftsplanung, 4. Zuordnung von Grundstücken zum Sondervermögen, 5. An- und Verkauf von Grundstücken sowie die Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken, Aufgabenkreis des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement, 6. Konzepte und Rahmenvorgaben für Planungen für mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen, soweit		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>die Gesamtkosten der Maßnahme 1.000.000 € überschreiten.</p> <p>Aufgabenkreis Personalmanagement:</p> <p>7. Einstellung, Bestellung und Abberufung der Betriebsleitung sowie deren Vertretung unter Berücksichtigung des Votums des Betriebsausschusses,</p> <p>8. allgemeine Vertrags- und Anstellungsbedingungen für die Betriebsleitung und deren Vertretung,</p> <p>9. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Betriebsausschuss und der Direktorin / dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland sowie zwischen dem Betriebsausschuss und der Kämmerin / dem Kämmerer.</p>		
<p>§ 3d</p> <p>Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den Bereich LVR-InfoKom</p>	<p>§ 3d</p> <p>Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für den Bereich LVR-InfoKom</p>	
<p>(1) Der Landschaftsausschuss entscheidet über alle Angelegenheiten des Betriebes, soweit sie nicht der Landschaftsversammlung, ihren Fachausschüssen, der Direktorin oder dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland oder der Betriebsleitung vorbehalten sind.</p>		
<p>(2) Er entscheidet insbesondere über:</p> <p>1. Aufgaben und Zielplanung des Betriebes,</p> <p>2. Grundsätze der Organisation des Betriebes,</p> <p>3. Auflösung wesentlicher Betriebsteile,</p> <p>4. Einstellung, Bestellung und Abberufung der Betriebsleiterin / des Betriebsleiters und der Vertreterin / des Vertreters, sowie deren allgemeine Vertrags- und Anstellungsbedingungen,</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>5. mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen, soweit die Gesamtkosten der Maßnahme 1.000.000 € überschreiten (ausgenommen Baumaßnahmen),</p> <p>6. Änderung des Sondervermögens,</p> <p>7. An- und Verkauf von Grundstücken sowie die Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken,</p> <p>8. Durchführung einer Weisung der Direktorin oder des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland nach § 6 Absatz 2 Satz 4 Eigenbetriebsverordnung NRW,</p> <p>9. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Betriebsausschuss und der Direktorin / dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland gemäß § 8 Absatz 2 Satz 2 der Betriebssatzung für die LVR-InfoKom (BS LVR-InfoKom) sowie zwischen Betriebsausschuss und Kämmerin oder Kämmerer gemäß § 10 Absatz 3 BS LVR-InfoKom.</p>		
§ 3e Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für die LVR-Jugendhilfe Rheinland	§ 3e Zuständigkeit des Landschaftsausschusses für die LVR-Jugendhilfe Rheinland	
<p>(1) Der Landschaftsausschuss entscheidet über alle Angelegenheiten des Betriebes, soweit sie nicht der Landschaftsversammlung, ihren Fachausschüssen, der Direktorin / dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland oder der Betriebsleitung vorbehalten sind.</p>		
<p>(2) Er entscheidet insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufgaben und Zielplanung, 2. Rahmenvorgaben, 		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>3. Grundsatzfragen des Konzeptes und der Planung von Investitionsmaßnahmen, soweit die Kosten im Einzelfall voraussichtlich 1.000.000 € überschreiten,</p> <p>4. Rangfolge mittel- und langfristiger Investitionen im Rahmen der Förderung aus öffentlichen Mitteln und aus Haushaltsmitteln des Landschaftsverbandes Rheinland,</p> <p>5. Einstellung, Bestellung und Abberufung der Betriebsleiterin oder des Betriebsleiters und ihrer oder seiner Vertretung,</p> <p>6. allgemeine Vertrags- / Anstellungsbedingungen der Betriebsleiterin oder des Betriebsleiters und ihrer oder seiner Vertretung,</p> <p>7. Auflösung des Betriebes oder wesentlicher Teile des Betriebes,</p> <p>8. Zuordnung von Grundstücken zum Sondervermögen,</p> <p>9. An- und Verkauf von Grundstücken sowie die Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken,</p> <p>10. Stellungnahmen des Landschaftsverbandes Rheinland zu öffentlichen Planungsvorhaben, soweit das Sondervermögen betroffen ist, ausgenommen Flächennutzungspläne und Bebauungspläne; die Betriebsleitung ist vor Abgabe der Stellungnahme anzuhören,</p> <p>11. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Betriebsausschuss und der Direktorin oder dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland gemäß § 10 Absatz 2 Satz 2 der Betriebssatzung für die LVR-Jugendhilfeeinrichtungen sowie zwischen dem</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
Betriebsausschuss und der Kämmerin oder dem Kämmerer gemäß § 12 Absatz 3 Satz 2 der Betriebssatzung für die LVR-Jugendhilfeeinrichtungen, 12. Behandlung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden, die aufgrund des allgemeinen Petitionsrechts schriftlich an die Vertretung des Landschaftsverbandes Rheinland gerichtet werden, soweit nicht der Betriebsausschuss zuständig ist.		
§ 4 Projektkommission	§ 4 Projektkommission	
(1) Der Landschaftsausschuss kann für bestimmte Projekte, insbesondere wichtiger Planungs- und Bauvorhaben im Sinne von § 3 Absatz 4, fachausschussübergreifende Projektkommissionen einsetzen.		
(2) Die Projektkommission ist zuständig für alle Angelegenheiten, die bei Einleitung, Planung und Durchführung von Projekten anfallen und nicht Geschäfte der laufenden Verwaltung sind. In diesen Fällen übernimmt die Projektkommission die Beratungszuständigkeit der Fachausschüsse für das Projekt, soweit dem sonderrechtliche Regelungen nicht entgegenstehen. Die Zuständigkeit des Bau- und Vergabeausschusses für Vergabeangelegenheiten bleibt unberührt.		
(3) Die Projektkommission legt das Ergebnis ihrer Beratungen unmittelbar dem Landschaftsausschuss zur Entscheidung vor.		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 5 Verfahren bei Grundsatzbeschlüssen	§ 5 Verfahren bei Grundsatzbeschlüssen	
(1) Gemäß Grundsatzbeschluss nach § 3 Absatz 4 wird die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland ermächtigt, Einzelplanungen – bei Bauvorhaben die Vorentwurfs- und Entwurfsplanung – durchzuführen und sie den Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen. Die Fachausschüsse empfehlen dem Landschaftsausschuss Genehmigung, Veränderung oder Ablehnung der Planung.		
(2) Der Landschaftsausschuss entscheidet endgültig und beauftragt die Direktorin / den Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland mit der Durchführung der Maßnahme.		
(3) Weicht die Planung oder Durchführung der Maßnahme von Programm-, Kosten- oder Terminvorgaben erheblich ab, ist die erneute Entscheidung des Landschaftsausschusses herbeizuführen.		
(4) Die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland soll in der Vorlage zum Grundsatzbeschluss die Realisierungsmöglichkeiten für ein Projekt aufzeigen, insbesondere Grobplanung, Grundstücks- und Finanzierungsfragen sowie die mutmaßliche Höhe der Investitions-, Instandhaltungs- und Folgekosten darstellen.		
(5) Der Landschaftsausschuss kann vor dem Grundsatzbeschluss die Vorlage der Verwaltung zu dem betreffenden Projekt dem zuständigen Fachausschuss zur Erörterung überweisen.		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
(6) Soweit es sich um Bau- oder Investitionsmaßnahmen handelt, für die nach § 18 Absatz 3 Nr. 1 der Gesundheitsausschuss bzw. nach § 19 Absatz 4 Nr. 11 der Krankenhausausschuss zuständig sind, findet § 5 entsprechend Anwendung. Statt des Landschaftsausschusses entscheidet allein der zuständige Fachausschuss. Dies gilt ebenfalls, soweit nach § 16 Abs. 3 Nr. 1 bzw. § 17 Abs. 3 Nr. 8 hierfür der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Fachausschuss bzw. als Betriebsausschuss zuständig ist und soweit nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 der Betriebsausschuss für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei zuständig ist.	(6) Soweit es sich um Bau- oder Investitionsmaßnahmen handelt, für die nach § 20 Absatz 3 Nummer 1 der Gesundheitsausschuss bzw. nach § 21 Absatz 5 Nummer 11 der Krankenhausausschuss zuständig sind, findet § 5 entsprechend Anwendung. Statt des Landschaftsausschusses entscheidet allein der zuständige Fachausschuss. Dies gilt ebenfalls, soweit nach § 18 Absatz 3 Nummer 1 bzw. § 19 Absatz 3 Nummer 8 hierfür der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Fachausschuss bzw. als Betriebsausschuss zuständig ist und soweit nach § 22 Absatz 2 Nummer 6 der Betriebsausschuss für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei zuständig ist.	redaktionelle Änderungen
§ 6 Verfahren für die Unterrichtung über Mehrauszahlungen bei Baumaßnahmen	§ 6 Verfahren für die Unterrichtung über Mehrauszahlungen bei Baumaßnahmen	
(1) Treten bei Baumaßnahmen, die vom Landschaftsausschuss beschlossen werden (ab 2.500.000 € sowie gem. § 3 Absatz 4 Nummer 2), Mehrauszahlungen in Höhe von 10 % und mehr der Gesamtkosten auf, sind die beteiligten Fachausschüsse und der Landschaftsausschuss zu unterrichten. Zu den Gesamtkosten zählen auch die aktivierten Eigenleistungen.		
(2) Treten bei Baumaßnahmen, die vom Bauausschuss beschlossen werden (ab 1.000.000 € bis 2.500.000 €; § 3 Absatz 4 Nummer 2 bleibt unberührt), Mehrauszahlungen in Höhe von 10 % und mehr der Gesamtkosten auf, sind der Bauausschuss, der Finanz- und Wirtschaftsausschuss und		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
die beteiligten Fachausschüsse zu unterrichten. Übersteigen die Gesamtkosten, zuzüglich der Mehrauszahlungen den Betrag von 2.500.000 €, ist auch der Landschaftsausschuss zu unterrichten.		
<p>(3) Die LVR-Direktorin / der LVR-Direktor bzw. der Klinikvorstand oder die Betriebsleitung unterrichten bei Baumaßnahmen bis 1.000.000 €</p> <p>1. der LVR-Kliniken:</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Krankenhausausschuss bzw. bei einrichtungsübergreifenden Baumaßnahmen den Gesundheitsausschuss, <p>2. des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, <p>3. der LVR Krankenhauszentralwäscherei:</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Betriebsausschuss für die Krankenhauszentralwäscherei, <p>4. ansonsten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Bauausschuss und den Finanz- und Wirtschaftsausschuss, wenn die Mehrauszahlungen 100.000 € übersteigen. 		
(4) Treten bei Baumaßnahmen, die vom Gesundheitsausschuss (§ 18 Absatz 3 Nr. 1), vom Krankenhausausschuss (§ 19 Absatz 3 Nr. 11), vom Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Fachausschuss bzw. als Betriebsausschuss (§ 16 Abs. 3 Nr. 1 bzw. § 17 Abs. 3 Nr. 8) oder vom Betriebsausschuss für die Krankenhauszentralwäscherei (§ 20 Abs. 1 Nr. 6)	(4) Treten bei Baumaßnahmen, die vom Gesundheitsausschuss (§ 20 Absatz 5 Nummer 1), vom Krankenhausausschuss (§ 21 Absatz 5 Nummer 11), vom Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Fachausschuss bzw. als Betriebsausschuss (§ 18 Absatz 3 Nummer 1 bzw. § 19 Absatz 3 Nummer 8) oder vom Betriebsausschuss für die Krankenhauszentralwäscherei (§	redaktionelle Änderungen

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
beschlossen worden sind, Mehrauszahlungen in Höhe von 10 % und mehr der Gesamtkosten auf, ist der vorgenannte Fachausschuss zu unterrichten.	20 Abs. 1 Nr. 6) beschlossen worden sind, Mehrauszahlungen in Höhe von 10 % und mehr der Gesamtkosten auf, ist der vorgenannte Fachausschuss zu unterrichten.	
§ 7 Ausschuss für Inklusion	§ 7 Ausschuss für Inklusion	
(1) Der Ausschuss für Inklusion berät über Angelegenheiten der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland, soweit diese nicht ausschließlich oder abschließend in anderen Fachausschüssen beraten werden. Er bereitet diesbezügliche Entscheidungen der Landschaftsversammlung oder des Landschaftsausschusses vor.		
(2) Er berät insbesondere über: 1. Maßnahmen auf der Grundlage des LVR-Aktionsplans BRK unter besonderer Berücksichtigung fachausschussübergreifender Fragestellungen sowie das jährliche Berichtswesen der Verwaltung, 2. Aktionspläne und Maßnahmen der Mitgliedskörperschaften zur Umsetzung der BRK unter besonderer Berücksichtigung von Beratungs- und Kooperationsmöglichkeiten mit dem Landschaftsverband Rheinland, 3. die Umsetzung des Aktionsplans der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur BRK, soweit sie die Belange des Landschaftsverbandes Rheinland betrifft, unter besonderer Berücksichtigung der diesbezüglichen		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Gesetzgebung sowie der Arbeit des Inklusionsbeirates der Landesregierung und seiner Fachbeiräte,</p> <p>4. die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur BRK, soweit sie die Belange des Landschaftsverbandes Rheinland betrifft, unter besonderer Berücksichtigung der diesbezüglichen Gesetzgebung und politischen Meinungsbildung in Verbänden und Gremien auf Bundes und internationaler Ebene,</p> <p>5. Haushaltsanträge mit Bezug zur BRK.</p>		
<p>(3) Er entscheidet über:</p> <p>1. die menschenrechts- und behindertenpolitische Gesamtpositionierung des Landschaftsverbandes Rheinland, soweit eine solche, die Angelegenheiten einzelner Fachausschüsse überschreitend, sinnvoll oder notwendig erscheint,</p> <p>2. die Ausgestaltung eines geeigneten Verfahrens zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Selbstvertretungsorganisationen an der politischen Meinungsbildung im Landschaftsverband Rheinland im Sinne der BRK (beispielsweise in Form eines eigenen Beirates), solange eine gesetzliche Vorgabe hierfür nicht vorliegt.</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 8 Rechnungsprüfungsausschuss	§ 8 Rechnungsprüfungsausschuss	
(1) Unbeschadet der Regelungen der Rechnungsprüfungsordnung bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Durchführung seiner gesetzlichen Prüfungsaufgaben des Fachbereiches Rechnungsprüfung.		
(2) Er berät insbesondere über: 1. den Jahresbericht der Rechnungsprüfung und die nach den gesetzlichen Vorschriften zu erstellenden Jahres- und Gesamtabschlussprüfungsberichte, einschließlich der Erteilung oder Versagung der Bestätigungsvermerke über die Prüfungsergebnisse, 2. die ihm von der Rechnungsprüfung in einem Jahresbericht zur Kenntnis gebrachten sonstigen, wesentlichen Prüfungsergebnisse und legt diesen zusammen mit den Jahres- und Gesamtabschlussprüfungsberichten über den Landschaftsausschuss der Landschaftsversammlung zur Beschlussfassung über die Feststellung des Jahres- und des Gesamtabchlusses und die Entlastung der Direktorin / des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland vor.		
(3) Der Rechnungsprüfungsausschuss ist bei der Auswahl der Leitung bzw. der stellvertretenden Leitung des Fachbereiches Rechnungsprüfung zu hören.		
(4) Er ist berechtigt, der Rechnungsprüfung Prüfungsaufträge zu erteilen (§ 7 Rechnungsprüfungsordnung).		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
(5) Die Rechnungsprüfung unterrichtet den Rechnungsprüfungsausschuss in einer jeden Sitzung durch die Vorlage einer Liste über die von ihr erstellten Prüfungsdokumente. Der Rechnungsprüfungsausschuss entscheidet, welche Prüfungsdokumente ihm vorzulegen sind. Die vom Rechnungsprüfungsausschuss angeforderten Prüfungsdokumente sind dem Ausschuss spätestens nach Ablauf von sechs Monaten vorzulegen, auch wenn die Stellungnahme der Verwaltung noch nicht vorliegen sollte.		
(6) Die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland legt den Prüfungsbericht über die überörtliche Prüfung, einschließlich der Stellungnahme der Verwaltung, dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung vor. Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Landschaftsausschuss über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichtes sowie über das Ergebnis seiner Beratungen.		
§ 9 Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	§ 9 Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	
(1) Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung ist, mit Ausnahme der Beschäftigten in den LVR-Kliniken / im LVR-Klinikverbund, der Krankenhauszentralwäscherei und dem LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen zuständig für alle Personal- und Organisationsangelegenheiten, über die die Landschaftsversammlung oder der Landschaftsausschuss entscheiden. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung nimmt gleichzeitig die Aufgaben des Betriebsausschusses für die LVR-InfoKom mit wahr.		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stellenplan, 2. Haushaltsplan, 3. Errichtung, Zusammenlegung oder Auflösung von Dienststellen und Einrichtungen des LVR, 4. Änderungen und Ergänzungen des LVR-Aktionsplanes für Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Gender Mainstreaming, 5. Angelegenheiten, die dem Landschaftsausschuss als oberste Dienstbehörde vorbehalten sind, 6. Einstellung und Beförderung der Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A13 (höherer Dienst) BBO oder einer höheren Besoldungsgruppe, einschließlich der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes, der Krankenhauszentralwäscherei und des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen, 7. Einstellung, sowie Abschluss, Verlängerung und Entfristung von Zeitverträgen von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVÖD und höher, soweit nicht Beschäftigte der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR betroffen sind. Davon ausgenommen sind die bis zu einem Jahr befristeten Einstellungen, sowie deren Verlängerung bis zu einem Jahr von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für 100 % fremdfinanzierten Maßnahmen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege. 	<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stellenplan, 2. Haushaltsplan, 3. Errichtung, Zusammenlegung oder Auflösung von Dienststellen und Einrichtungen des LVR, 4. Änderungen und Ergänzungen des LVR-Aktionsplanes für Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Gender Mainstreaming, 5. Angelegenheiten, die dem Landschaftsausschuss als oberste Dienstbehörde vorbehalten sind, 6. Einstellung und Beförderung der Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A13 (Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt) LBesO oder einer höheren Besoldungsgruppe, einschließlich der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes, der Krankenhauszentralwäscherei und des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen, 7. Einstellung, sowie Abschluss, Verlängerung und Entfristung von Zeitverträgen von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVÖD und höher, soweit nicht Beschäftigte der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR betroffen sind. Davon ausgenommen sind die bis zu einem Jahr befristeten Einstellungen, sowie deren Verlängerung bis zu einem Jahr von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für 100 % fremdfinanzierten Maßnahmen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege. 	<p>s.o.</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
8. Abberufung und Bestellung zum Prüfer oder zur Prüferin des Fachbereichs Rechnungsprüfung, 9. allgemeine Vertrags- / Anstellungsbedingungen oder Musterverträge für die Mitglieder der Betriebsleitungen, der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR und deren Vertretung.	8. Abberufung und Bestellung zum Prüfer oder zur Prüferin des Fachbereichs Rechnungsprüfung, 9. allgemeine Vertrags- / Anstellungsbedingungen oder Musterverträge für die Mitglieder der Betriebsleitungen, der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR und deren Vertretung.	
(3) Er gibt eine Empfehlung zur Besetzung von Stellen der Fachbereichsleitungen und der Leitungen der Außendienststellen des Landschaftsverbandes Rheinland.		
(4) Er berät über Grundsatzangelegenheiten des Personal- und Organisationswesens.		
(5) Er entscheidet über: 1. Einstellung und Beförderung der Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 11 bis A 13 (gehobener Dienst) BBO, einschließlich der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes, der Krankenhauszentralwäscherei und des LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, 2. Gutachter- und Beratungsaufträge im Wert von mehr als 25.000 €, insbesondere Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchungen, ausgenommen Gutachter- und Beratungsaufträge der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR, 3. Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die nicht zu 100 % gefördert werden; ausgenommen sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland.	(5) Er entscheidet über: 1. Einstellung und Beförderung der Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 11 bis A 13 (Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt) LBesO , einschließlich der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes, der Krankenhauszentralwäscherei und des LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, 2. Gutachter- und Beratungsaufträge im Wert von mehr als 25.000 €, insbesondere Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchungen, ausgenommen Gutachter- und Beratungsaufträge der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR, 3. Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die nicht zu 100 % gefördert werden; ausgenommen sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland.	s.o.

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 10 Betriebsausschuss LVR-InfoKom	§ 10 Betriebsausschuss LVR-InfoKom	
(1) Der Betriebsausschuss LVR-InfoKom ist zuständig für die Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik des Landschaftsverbandes Rheinland. In dieser Funktion berät er über alle Angelegenheiten des Betriebes, die der Entscheidung der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses oder eines anderen Fachausschusses vorbehalten sind.		
(2) In dieser Funktion berät er insbesondere über: 1. Entwürfe des Wirtschafts- und Finanzplanes, des Jahresabschlusses sowie des Jahresberichtes und des Investitionsprogramms, 2. Einstellung, Bestellung und Abberufung der Betriebsleiterin / des Betriebsleiters und der Vertreterin / des Vertreters, sowie deren allgemeine Vertrags- und Anstellungsbedingungen, 3. Änderung des Sondervermögens, 4. An- und Verkauf von Grundstücken sowie die Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken, 5. Durchführung einer Weisung der Direktorin / des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland nach § 8 Absatz 2 Satz 1 der BS LVR-InfoKom.		
(3) Der Betriebsausschuss für die LVR-InfoKom entscheidet über: 1. die Festlegung der allgem. Vertragsbedingungen (AVB), 2. Einstellung von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVöD und höher,	(3) Der Betriebsausschuss für die LVR-InfoKom entscheidet über: 1. die Festlegung der allgem. Vertragsbedingungen (AVB), 2. Einstellung von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVöD und höher,	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>3. erfolgsgefährdende Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>4. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Umsatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mind. Jedoch 25.000 €,</p> <p>5. Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume des Sondervermögens mit einer Monatsmiete / -pacht von mehr als 15.000 €,</p> <p>6. Stundung von Forderungen, von mehr als 25.000 € sowie Erlass / Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €,</p> <p>7. Benennung des Prüfers / der Prüferin für den Jahresabschluss, der möglichst nach fünf Jahren zu wechseln ist,</p> <p>8. Liefer- und Dienstleistungsaufträge und Aufträge für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>9. Aufträge für Bauleistungen mit einem Vergabewert von mehr als 150.000 € bei kurzfristigen Investitionen sowie mittel- und langfristigen Investitionen / Instandhaltungskosten, soweit die Gesamtkosten der Maßnahme 1.000.000 € nicht überschreiten,</p> <p>10. die Entlastung der Betriebsleitung.</p>	<p>3. erfolgsgefährdende Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>4. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Umsatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mind. Jedoch 25.000 €,</p> <p>5. Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume des Sondervermögens (Vermietungen/Verpachtungen) mit einer Monatsmiete / -pacht von mehr als 15.000 €,</p> <p>6. Stundung von Forderungen, von mehr als 25.000 € sowie Erlass / Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €,</p> <p>7. Benennung des Prüfers / der Prüferin für den Jahresabschluss, der möglichst nach fünf Jahren zu wechseln ist,</p> <p>8. Liefer- und Dienstleistungsaufträge und Aufträge für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>9. Aufträge für Bauleistungen mit einem Vergabewert von mehr als 150.000 € bei kurzfristigen Investitionen sowie mittel- und langfristigen Investitionen / Instandhaltungskosten, soweit die Gesamtkosten der Maßnahme 1.000.000 € nicht überschreiten,</p> <p>10. die Entlastung der Betriebsleitung.</p>	<p><u>Zu Ziff. 5:</u> Dies entspricht klarstellend der tatsächlichen Verwaltungspraxis, wonach die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen ihr Sondervermögen eigenverantwortlich vermieten/verpachten dürfen und die Beschlusszuständigkeit dann beim zuständigen Fachausschuss liegt.</p>
<p>(4) Die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland regelt, im Benehmen mit dem Betriebsausschuss, in einer Dienstanweisung, die Zuständigkeiten der Betriebsleitung im einzelnen.</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
(5) Die Betriebsleitung legt dem Betriebsausschuss vierteljährlich eine Übersicht über getätigte Vergaben ab einer Summe von 10.000 € vor.		
§ 11 Finanz- und Wirtschaftsausschuss	§ 11 Finanz- und Wirtschaftsausschuss	
(1) Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss ist zuständig für: 1. alle finanziellen Angelegenheiten bei Aufstellung des Haushaltsplanes und Bewirtschaftung der Haushaltsmittel, 2. Angelegenheiten der Beteiligung, Geschäftsführung, Träger- oder Mitträgerschaft des LVR an Versorgungs-, Versicherungs- und Wirtschaftsunternehmen.		
(2) Er berät insbesondere über: 1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan, 2. Einzelvorlagen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, 3. über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen von erheblichem Umfang; erheblich sind: a) überplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, die auf gesetzlichen Ansprüchen oder Tarifverträgen beruhen, wenn sie sich im Einzelfall auf mehr als 250.000 € oder mehr als 50 % des Ansatzes, mindestens jedoch auf 100.000 €, belaufen, b) alle übrigen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen, soweit sie im Einzelfall mindestens 100.000 € betragen,	(2) Er berät insbesondere über: 1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan, 2. Einzelvorlagen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, 3. über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen von erheblichem Umfang; erheblich sind: a) überplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, die auf gesetzlichen Ansprüchen oder Tarifverträgen beruhen, wenn sie sich im Einzelfall auf mehr als 250.000 € oder mehr als 50 % des Ansatzes, mindestens jedoch auf 100.000 €, belaufen, b) alle übrigen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen, soweit sie im Einzelfall mindestens 100.000 € betragen, soweit in den Ausführungsbestimmungen zum LVR-Haushalt nichts anderes geregelt ist.	<u>Zu Ziff. 3:</u> Vorlage 13/3306: "Überplanmäßige Aufwendungen liegen erst dann vor, wenn das Budget einer Produktgruppe insgesamt nicht ausreicht. Können überplanmäßige Aufwendungen innerhalb der Verantwortungsbereiche der Dezernate gedeckt werden, werden diese der politischen Vertretung angezeigt, gelten jedoch als genehmigt."

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>4. über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen von erheblichem Umfang; erheblich sind: über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, wenn sie im Einzelfall mehr als 20 % der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen und gleichzeitig mindestens 100.000 € betragen,</p> <p>5. Zuordnung von Grundstücken zum Sondervermögen,</p> <p>6. Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume mit einer Monatsmiete / -pacht von über 15.000 €, sowie Grundstücksgeschäfte von über 100.000 €; die Zuständigkeiten der Betriebsausschüsse für die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland bleiben unberührt,</p> <p>7. Satzungen und Richtlinien mit erheblicher finanzwirtschaftlicher Bedeutung,</p> <p>8. Richtlinien für die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen,</p> <p>9. Rentabilität der Ver- und Entsorgungsbetriebe, einschließlich Grundsatzfragen der Energieversorgung,</p> <p>10. Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Betriebsausschuss und der Kämmerin / dem Kämmerer über erfolgsgefährdende Mehraufwendungen und sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten, die den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland berühren.</p>	<p>4. über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen von erheblichem Umfang; erheblich sind: über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, wenn sie im Einzelfall mehr als 20 % der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen und gleichzeitig mindestens 100.000 € betragen,</p> <p>5. Zuordnung von Grundstücken zum Sondervermögen,</p> <p>6. Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume mit einer Monatsmiete / -pacht von über 15.000 €, sowie Grundstücksgeschäfte von über 250.000 €; die Zuständigkeiten der Betriebsausschüsse für die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland bleiben unberührt,</p> <p>7. Satzungen und Richtlinien mit erheblicher finanzwirtschaftlicher Bedeutung,</p> <p>8. Richtlinien für die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen,</p> <p>9. Rentabilität der Ver- und Entsorgungsbetriebe, einschließlich Grundsatzfragen der Energieversorgung,</p> <p>10. Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Betriebsausschuss und der Kämmerin / dem Kämmerer über erfolgsgefährdende Mehraufwendungen und sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten, die den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland berühren.</p>	<p><u>Zu Ziff. 6:</u> Analog zu der Erhöhung der Wertgrenze für Mietangelegenheiten bei der letztmaligen Änderung der ZustVerfO von 5.000 € auf 15.000 € soll bei der Erhöhung der Wertgrenze von 100.000 € auf 250.000 € der Entwicklung des Kaufkraftverlustes und der Immobilienpreise Rechnung getragen werden. Die jetzige Wertgrenze von 100.000 € besteht unverändert seit ca. 20 Jahren. Eine Erhöhung ist angezeigt. (s. ebenso neu einzufügende Ziffer 11 unter § 3 Abs. 3)</p>
<p>(3) Er entscheidet über:</p> <p>1. Erlass von Forderungen bei Beträgen über 15.000 € (gemäß § 26 Absatz 3 GemHVO). Abweichend hiervon</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>gelten für die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland die jeweiligen Betriebssatzungen.</p> <p>2. Abweichungen von Förderungssätzen der Richtlinien für die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen.</p>		
<p>(4) Er ist zu unterrichten über:</p> <p>1. über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, denen die Kämmerin / der Kämmerer gemäß § 83 Absatz 1 Satz 3 GO NRW zugestimmt hat. Dem Fachausschuss sind diese Aufwendungen bzw. Auszahlungen – in der Regel vierteljährlich – zur Kenntnis zu geben.</p> <p>2. über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, denen die Kämmerin / der Kämmerer gemäß § 85 Absatz 1 Satz 3 GO NRW zugestimmt hat,</p> <p>3. die Aufnahme von Darlehen in der darauffolgenden Sitzung,</p> <p>4. die Aussprache einer haushaltswirtschaftlichen Sperre nach § 24 GemHVO, oder die Abzeichnung einer Gefährdung des Haushaltsausgleichs.</p>	<p>(4) Er ist zu unterrichten über:</p> <p>1. über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, denen die Kämmerin / der Kämmerer gemäß § 83 Absatz 1 Satz 3 GO NRW zugestimmt hat. Dem Fachausschuss sind diese Aufwendungen bzw. Auszahlungen im Rahmen des Jahresabschlusses zur Kenntnis zu geben.</p> <p>2. über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen, denen die Kämmerin / der Kämmerer gemäß § 85 Absatz 1 Satz 3 GO NRW zugestimmt hat,</p> <p>3. die Aufnahme von Darlehen in der darauffolgenden Sitzung,</p> <p>4. die Aussprache einer haushaltswirtschaftlichen Sperre nach § 24 GemHVO, oder die Abzeichnung einer Gefährdung des Haushaltsausgleichs.</p>	<p>Anpassung an die gängige Praxis</p>
<p>§ 12</p> <p>Bau- und Vergabeausschuss</p>	<p>§ 12</p> <p>Bau- und Vergabeausschuss</p>	
<p>(1) Der Bau- und Vergabeausschuss ist, unter Berücksichtigung der Beschlüsse anderer Fachausschüsse, zur Konzeption zuständig für Bauvorhaben des LVR, unter bautechnischen und kostenmäßigen Gesichtspunkten, soweit es sich nicht um den Wiederaufbau an einen anderen Ort</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
versetzter, historischer Gebäude in den Freilichtmuseen, oder um Baumaßnahmen der LVR-Kliniken bzw. des LVR-Klinikverbundes, der LVR-Krankenhauszentralwäscherei, oder des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen handelt.		
(2) Er berät insbesondere den Haushaltsplan des LVR.		
<p>(3) Er entscheidet über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Planung und Durchführung aller <ol style="list-style-type: none"> a) im Haushaltsplan des LVR veranschlagten Baumaßnahmen, b) als mittel- und langfristig in den Wirtschaftsplänen der LVR-InfoKom und der LVR-Jugendhilfe Rheinland veranschlagten Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 1.000.000 €. Die Zuständigkeit des Landschaftsausschusses bei Einzelprojekten nach § 3 Absatz 4 Nummer 2 bleibt unberührt. 2. die Vergabe von Bauleistungen im Hochbau mit einer Vergabesumme von mehr als 1.000.000 € <ol style="list-style-type: none"> a) bei allen im Haushaltsplan des LVR veranschlagten Baumaßnahmen, b) bei allen mittel- und langfristig in den Wirtschaftsplänen der LVR-InfoKom und der LVR-Jugendhilfe Rheinland mit Gesamtkosten von mehr als 1.000.000 € veranschlagten Baumaßnahmen, 3. die Vergabe von Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen zu Baumaßnahmen nach Nummer 2, mit Ausnahme von Prüfaufträgen an Prüfengeure im 	<p>(3) Er entscheidet über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Planung und Durchführung aller <ol style="list-style-type: none"> a) im Haushaltsplan des LVR veranschlagten Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 1.000.000 € bis zu 10.000.000,00 €, b) als mittel- und langfristig in den Wirtschaftsplänen der LVR-InfoKom und der LVR-Jugendhilfe Rheinland veranschlagten Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 1.000.000 €. Die Zuständigkeit des Landschaftsausschusses bei Einzelprojekten nach § 3 Absatz 4 Nummer 2 bleibt unberührt. 2. die Vergabe von Bauleistungen im Hochbau mit einer Vergabesumme von mehr als 1.000.000 € <ol style="list-style-type: none"> a) bei allen im Haushaltsplan des LVR veranschlagten Baumaßnahmen, b) bei allen mittel- und langfristig in den Wirtschaftsplänen der LVR-InfoKom und der LVR-Jugendhilfe Rheinland mit Gesamtkosten von mehr als 1.000.000 € veranschlagten Baumaßnahmen, 3. die Vergabe von Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen zu Baumaßnahmen nach Nummer 2, mit Ausnahme von Prüfaufträgen an Prüfengeure im 	<p><u>Zu Ziff. 1a):</u> Gemäß § 3 Absatz 4 Zuständigkeits- und Verfahrensordnung ist der Landschaftsausschuss für Durchführungsbeschlüsse originär nicht zuständig, sondern ausschließlich der zuständige Fachausschuss. In der Vergangenheit wurden jedoch einzelne Durchführungsbeschlüsse ab einem Investitionsvolumen von ca. 8 Mio. € aufwärts zur Beschlussfassung an den Landschaftsausschuss mit Vorberatung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss und dem zuständigen Fachausschuss verwiesen. Hinsichtlich der Wertgrenzen wurde hierbei situativ und projektabhängig jedoch nicht einheitlich verfahren. Es erscheint sinnvoll, Bauprojekte mit erheblichen finanziellen Auswirkungen jenseits von 10 Mio. € Investitionsvolumen über den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Beschlussfassung an den</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
Hochbau, bei Aufträgen mit mehr als 50.000 € Honorarsumme, 4. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen, mit Ausnahme der Vergaben nach Nummer 3, mit einem Vergabewert von mehr als 300.000 €. Dies gilt auch für einrichtungsübergreifende Vergaben im Rahmen des zentralen Einkaufs, wenn mit der Vergabe nicht ausschließlich der Bedarf der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland gedeckt werden soll.	Hochbau, bei Aufträgen mit mehr als 50.000 € Honorarsumme, 4. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen, mit Ausnahme der Vergaben nach Nummer 3, mit einem Vergabewert von mehr als 300.000 €. Dies gilt auch für einrichtungsübergreifende Vergaben im Rahmen des zentralen Einkaufs, wenn mit der Vergabe nicht ausschließlich der Bedarf der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland gedeckt werden soll.	Landschaftsausschuss weiterzugeben. Die unteren Wertgrenze i.H.v. 1 Mio. € wurde als redaktionelle Ergänzung aufgenommen (in Anlehnung an Ziffer 1b sowie § 6 Abs. 2).
(4) Bei Baumaßnahmen in den wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland ist bei abweichender Auffassung die Betriebsleitung zu hören.		
(5) Der Bau- und Vergabeausschuss erhält vierteljährlich listenmäßig Mitteilung über Vergaben (ausgenommen die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland) von: 1. Bauleistungen (VOB) ab 25.000 € Vergabesumme, 2. Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen von mehr als 30.000 € Honorarsumme.		
§ 13 Umweltausschuss	§ 13 Umweltausschuss	
(1) Der Umweltausschuss ist mit Ausnahme für die LVR-Kliniken / den LVR-Klinikverbund, den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen sowie die LVR-Krankenhauszentralwäscherei zuständig für alle umweltrelevanten Angelegenheiten.		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Haushaltsplan, 2. Fragen des Umweltschutzes in LVR-Einrichtungen, 3. Grundsätze des Einsatzes und der Verwendung umweltfreundlicher Technologien, einschließlich Ver- / und Entsorgung beim LVR, 4. Planungen, Einzelprojekte und sonstige Maßnahmen zur umweltrelevanten Verbesserung der Liegenschaften des LVR und deren ökologisch sinnvolle Nutzung, 5. Maßnahmen zur Reduzierung von umweltbelastenden Einflüssen durch vorhandene bauliche und bautechnische Anlagen sowie bei der Planung und Ausführung von Baumaßnahmen, einschließlich Energiemaßnahmen, 6. umweltrelevante Einrichtungen und Maßnahmen LVR, 7. Gestaltung des Agenda 21-Prozesses im LVR, 8. Begleitung der Umsetzung des Öko-Audits in Dienststellen des LVR, 9. Fragen der umweltbezogenen Erziehung und Bildung in LVR-Einrichtungen, 10. Klimaschutz und Mobilitätsmanagement. 	<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Haushaltsplan, 2. Fragen des Umweltschutzes in LVR-Einrichtungen, 3. Grundsätze des Einsatzes und der Verwendung umweltfreundlicher Technologien, einschließlich Ver- / und Entsorgung beim LVR, 4. Planungen, Einzelprojekte und sonstige Maßnahmen zur umweltrelevanten Verbesserung der Liegenschaften des LVR und deren ökologisch sinnvolle Nutzung, 5. Maßnahmen zur Reduzierung von umweltbelastenden Einflüssen durch vorhandene bauliche und bautechnische Anlagen sowie bei der Planung und Ausführung von Baumaßnahmen, einschließlich Energiemaßnahmen, 6. umweltrelevante Einrichtungen und Maßnahmen des LVR, 7. Gestaltung des Agenda 21-Prozesses im LVR, 8. Begleitung der Umsetzung des Öko-Audits in Dienststellen des LVR, 9. Fragen der umweltbezogenen Erziehung und Bildung in LVR-Einrichtungen, 10. Klimaschutz und Mobilitätsmanagement. 	<p>redaktionelle Ergänzung</p>
<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Durchführung von freiwilligen Umweltverträglichkeitsprüfungen, im Rahmen der Standortwahl für größere Neubauvorhaben des LVR, 2. Grundsätze für die Beschaffung, den Einsatz und die Verwendung umweltfreundlicher Stoffe sowie über Grundsätze für die Entsorgung beim LVR. 		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 14 Landesjugendhilfeausschuss	§ 14 Landesjugendhilfeausschuss	
(1) Der Landesjugendhilfeausschuss ist zuständig für alle Angelegenheiten der Einrichtungen der Jugendhilfe des LVR sowie für die heilpädagogischen Leistungen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind, in teilstationären Einrichtungen (§ 53 SGB XII i.V.m. § 55 Absatz 2 Nummer 2 SGB IX). Er befasst sich anregend, fördernd und gegebenenfalls beschließend mit den Aufgaben des LVR in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Vor jeder Entscheidung der Landschaftsversammlung oder des Landschaftsausschusses zu Angelegenheiten der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe soll er gehört werden. Er hat das Recht, dort Anträge zu stellen.		
(2) Er berät insbesondere über: 1. Fachplanungen und Einzelprojekte, 2. Haushaltsplan, 3. Stellungnahme vor Bestellung (Wahl) des Leiters bzw. der Leiterin der Verwaltung des Landesjugendamtes, 4. Stellungnahme zur Abgrenzung der Aufgaben des Landesjugendamtes von den Aufgaben anderer Stellen der Verwaltung des LVR, 5. Angelegenheiten der Rheinischen Förderschulen, Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung, 6. den Stellenplan für das Landesjugendamt.		
(3) Er entscheidet über: 1. Zuschüsse und Darlehen für Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Rahmen der vom Bund und Land und von der Landschaftsversammlung bereitgestellten Mittel. Soweit die zuständige oberste Landesjugendbehörde bzw. die zuständige Bundesbehörde keine Richtlinien und Weisungen erlassen hat, beschließt er auch über Landes- und Bundesmittel. Er kann das Beschlussrecht über bestimmte Zuschüsse und Darlehen oder bis zu einer bestimmten Bewilligungssumme auf die Verwaltung des Landesjugendamtes übertragen und das Verfahren dafür näher regeln.</p> <p>2. Richtlinien, Grundsätze und Empfehlungen für die</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Tätigkeit der Jugendämter und Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe, b) erzieherische Hilfe und Heimaufsicht, c) Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, d) Wahrnehmung der Aufgaben des Landesjugendamtes; die Zuständigkeit nach § 9 Absatz 2 Nummer 7 bleibt unberührt, <p>3. die öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe gemäß § 25 Absatz 1 Nummer 2 AGKJHG,</p> <p>4. die Bildung von beratenden Unterausschüssen für einzelne Angelegenheiten des Landesjugendamtes,</p> <p>5. die Zustimmung zu der / dem von der Schulkonferenz der jeweiligen LVR Förderschule, Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung gewählten Bewerberin oder gewählten Bewerber als Schulleiterin /</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
Schulleiter gemäß § 61 Absatz 4 Schulgesetz NRW zu verweigern (sog. Vetorecht mit Zweidrittelmehrheit), 6. die Verleihung des LVR-Prädikates „Kinderfreundlich“.		
§ 15 Betriebsausschuss LVR-Jugendhilfe Rheinland	§ 15 Betriebsausschuss LVR-Jugendhilfe Rheinland	
(1) Der Betriebsausschuss für die LVR-Jugendhilfe Rheinland berät über alle Angelegenheiten des Betriebes, die der Entscheidung der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses oder eines anderen Fachausschusses vorbehalten sind.		
(2) Er berät insbesondere über: 1. Entwürfe des Wirtschaftsplanes, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms sowie über den Jahresabschluss und den Lagebericht, 2. Einstellung, Bestellung und Abberufung der Mitglieder der Betriebsleitung und ihrer Vertretung, 3. Rahmenvorgaben, 4. allgemeine Vertrags- / Anstellungsbedingungen der Betriebsleiterin / des Betriebsleiters und deren Vertretung, 5. Zuordnung von Grundstücken zum Sondervermögen, 6. An- und Verkauf von Grundstücken sowie die Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken, 7. Stellungnahmen des Landschaftsverbandes Rheinland zu öffentlichen Planungsvorhaben, soweit das Sondervermögen betroffen ist, ausgenommen Flächennutzungspläne und Bebauungspläne; die		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Betriebsleitung ist vor Abgabe der Stellungnahme anzuhören,</p> <p>8. Durchführung einer Weisung der Direktorin / des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland gemäß § 10 Absatz 2 Satz 1 der Betriebssatzung für die Jugendhilfeeinrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland („LVR-Jugendhilfe Rheinland“).</p>		
<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einstellung von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVöD und höher, 2. erfolgsgefährdende Mehraufwendungen, soweit sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind, 3. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Umsatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahmen entschieden haben, 4. Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume des Sondervermögens mit einer Monatsmiete / -pacht von mehr als 15.000 €, 5. Stundungen von Forderungen von mehr als 25.000 € sowie Erlass / Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €, 6. Benennung der Prüferin / des Prüfers für den Jahresabschluss, 	<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einstellung von Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 TVöD und höher, 2. erfolgsgefährdende Mehraufwendungen, soweit sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind, 3. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Umsatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahmen entschieden haben, 4. Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume des Sondervermögens (Vermietungen/Verpachtungen) mit einer Monatsmiete / -pacht von mehr als 15.000 €, 5. Stundungen von Forderungen von mehr als 25.000 € sowie Erlass / Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €, 6. Benennung der Prüferin / des Prüfers für den Jahresabschluss, 	<p>s. o.</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>7. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>8. Aufträge für Bauleistungen mit einem Vergabewert von mehr als 150.000 € bei kurzfristigen Investitionen sowie mittel- und langfristigen Investitionen / Instandhaltungen, soweit die Gesamtkosten der Maßnahme 1.000.000 € nicht überschreiten,</p> <p>9. Maßnahmen des Umweltschutzes von grundsätzlicher Bedeutung,</p> <p>10. Petitionen, Anregungen und Beschwerden aus dem Bereich des Betriebes „LVR-Jugendhilfe Rheinland“,</p> <p>11. die Entlastung der Betriebsleitung,</p> <p>12. Bestellung und Abberufung der Ombudspersonen in der LVR-Jugendhilfe Rheinland.</p>	<p>7. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>8. Aufträge für Bauleistungen mit einem Vergabewert von mehr als 150.000 € bei kurzfristigen Investitionen sowie mittel- und langfristigen Investitionen / Instandhaltungen, soweit die Gesamtkosten der Maßnahme 1.000.000 € nicht überschreiten,</p> <p>9. Maßnahmen des Umweltschutzes von grundsätzlicher Bedeutung,</p> <p>10. Petitionen, Anregungen und Beschwerden aus dem Bereich des Betriebes „LVR-Jugendhilfe Rheinland“,</p> <p>11. die Entlastung der Betriebsleitung,</p> <p>12. Bestellung und Abberufung der Ombudspersonen in der LVR-Jugendhilfe Rheinland.</p>	
(4) Die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland regelt, mit Zustimmung des Betriebsausschusses, die Betriebsführung durch Dienstanweisung.		
(5) Die Betriebsleitung legt dem Betriebsausschuss vierteljährlich eine Übersicht über getätigte Vergaben ab einer Summe von 10.000 € vor.		
§ 16 Schulausschuss	§ 16 Schulausschuss	
(1) Der Schulausschuss ist zuständig für die Angelegenheiten der in der Trägerschaft des LVR befindlichen LVR-Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Körperliche und motorische Entwicklung; Sehen; Hören und Kommunikation; Sprache;		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
und den LVR-Schulen für Kranke und des LVR-Berufskollegs – Fachschule des Sozialwesens.		
(2) Er berät insbesondere über: 1. Fachplanungen und Einzelprojekte, 2. Haushaltsplan, 3. Errichtung, Zusammenlegung und Auflösung, 4. Stellungnahmen zur pädagogischen Konzeption.		
(3) Er entscheidet über: 1. die Zustimmung zu der / dem von der Schulkonferenz der jeweiligen LVR-Förderschule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung; Sehen; Hören und Kommunikation; Sprache und der jeweiligen LVR-Schule für Kranke gewählten Bewerberin oder gewählten Bewerber als Schulleiterin / Schulleiter gemäß § 61 Absatz 4 Schulgesetz NRW zu verweigern (sog. Vetorecht mit Zweidrittelmehrheit), 2. Namensgebungen der LVR-Schulen.	(3) Er entscheidet über: 1. die Zustimmung zu der / dem von der Schulkonferenz der jeweiligen LVR-Förderschule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung; Sehen; Hören und Kommunikation; Sprache und der jeweiligen LVR-Schule für Kranke gewählten Bewerberin oder gewählten Bewerber als Schulleiterin / Schulleiter gemäß § 61 Absatz 4 Schulgesetz NRW zu verweigern (sog. Vetorecht mit Zweidrittelmehrheit), 2. die Namensgebungen der LVR-Schulen.	<u>Zustimmung entfällt;</u> <u>s. Beschluss des LA vom 16.12.2016</u> <u>zu Vorlage 14/1691</u>
	(4) Der Schulausschuss wird über die Besetzung der Schulleiterstellen der LVR-Förderschulen, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung; Sehen; Hören und Kommunikation; Sprache und der jeweiligen LVR-Schulen für Kranke im nächstmöglichen Schulausschuss informiert. Der/Die von der Bezirksregierung nach § 61 Abs. 3 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) zur Stellenbesetzung ausgewählte Bewerber/in stellt sich im nächstmöglichen Schulausschuss vor.	<u>s. Beschluss des LA vom 16.12.2016</u> <u>zu Vorlage 14/1691</u>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
§ 17 Sozialausschuss	§ 17 Sozialausschuss	
<p>(1) Der Sozialausschuss ist zuständig für die dem LVR als überörtlichen Träger der Sozialhilfe, als Integrationsamt oder als Hauptfürsorgestelle oder als Träger der sozialen Entschädigung und der Kriegsopferversorgung gesetzlich zugewiesenen Aufgaben. Dazu gehören:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die vom LVR als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu gewährenden Leistungen mit Ausnahme der heilpädagogischen Leistungen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind (§ 53 SGB XII i.V.m. § 55 Absatz 2 Nummer 2 SGB IX), 2. die vom Integrationsamt durchzuführende Sicherung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, 3. die von der Hauptfürsorgestelle zu gewährenden Entschädigungsleistungen an Kriegsopfer sowie ihnen gleichgestellte Personen, 4. die dem LVR durch Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW übertragenen Aufgaben der sozialen Entschädigung und der Kriegsopferversorgung, 5. die dem LVR als überörtlichen Träger nach dem Landespflegegesetz NRW zugewiesenen Aufgaben. 	<p>(1) Der Sozialausschuss ist zuständig für die dem LVR als überörtlichem Träger der Sozialhilfe, als Integrationsamt oder als Hauptfürsorgestelle oder als Träger der sozialen Entschädigung und der Kriegsopferversorgung gesetzlich zugewiesenen Aufgaben. Dazu gehören:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die vom LVR als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu gewährenden Leistungen mit Ausnahme der heilpädagogischen Leistungen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind (§ 53 SGB XII i.V.m. § 55 Absatz 2 Nummer 2 SGB IX), 2. die vom Integrationsamt durchzuführende Sicherung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, 3. die von der Hauptfürsorgestelle zu gewährenden Entschädigungsleistungen an Kriegsopfer sowie ihnen gleichgestellte Personen, 4. die dem LVR durch Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW übertragenen Aufgaben der sozialen Entschädigung und der Kriegsopferversorgung, 5. die dem LVR als überörtlichem Träger nach dem Altenpflegegesetz NRW (APG NRW) zugewiesenen Aufgaben 	<p>redaktionelle Änderung</p> <p>redaktionelle Änderung</p>
<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Fachplanungen und Einzelprojekte, 2. Haushaltsplan, 3. Erlass und Änderung von Satzungen. 		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> den Erlass und die Änderung von Richtlinien, einschließlich Richtlinien für Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung, die Gewährung von Darlehen von über 25.000 € bis 300.000 € und Zuschüsse von über 25.000 € bis 100.000 € für Einrichtungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge, im Rahmen der geltenden Richtlinien, sofern es sich nicht um Hilfen nach Nummer 3 handelt, die Gewährung von finanziellen Hilfen von über 100.000 € bis zu 1.500.000 €, im Rahmen der Richtlinien über die Verwendung der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch IX, Teil 2, die Verleihung von Preisen und Auszeichnungen sowie die Vergabe von Fördermitteln des Dezernates Soziales und Integration. 	<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> den Erlass und die Änderung von Richtlinien, einschließlich Richtlinien für Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung, die Gewährung von Darlehen von über 25.000 € bis 300.000 € und Zuschüsse von über 25.000 € bis 100.000 € für Einrichtungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge, im Rahmen der geltenden Richtlinien, sofern es sich nicht um Hilfen nach Nummer 3 handelt, die Gewährung von finanziellen Hilfen von über 100.000 € bis zu 1.500.000 €, im Rahmen der Richtlinien über die Verwendung der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch IX, Teil 3 (ab 01.01.2018), die Verleihung von Preisen und Auszeichnungen sowie die Vergabe von Fördermitteln des Dezernates Soziales und Integration. 	<p>redaktionelle Änderungen</p>
<p>§ 18 Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Fachausschuss</p>	<p>§ 18 Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Fachausschuss</p>	
<p>(1) Der Fachausschuss ist zuständig für alle politischen Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Betreuung von Menschen mit geistiger Behinderung. Er beschließt über die Gestaltung und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Rheinland in den Bereichen Beratung, Bildung, Arbeit, Wohnen, Freizeit durch Rahmenkonzepte, Anreiz- und Förderprogramme sowie über</p>	<p>(1) Der Fachausschuss ist zuständig für alle politischen Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Betreuung von Menschen mit geistiger Behinderung. Er beschließt über die Gestaltung und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Rheinland in den Bereichen Beratung, Bildung, Arbeit, Wohnen, Freizeit durch Rahmenkonzepte, Anreiz- und Förderprogramme sowie über</p>	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
die Initiierung von Modellprojekten zur Verbesserung der Versorgungs- und Betreuungsqualität, Gender-Mainstreaming und Kultursensibilität	die Initiierung von Modellprojekten zur Verbesserung der Versorgungs- und Betreuungsqualität, Gender-Mainstreaming und Kultursensibilität.	
<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gründung oder Übernahme von Einrichtungen oder wesentlichen Zweckänderungen von bestehenden Einrichtungen, 2. Auflösung von Einrichtungen des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen oder wesentlicher Teile, 3. Jahresabschlussbericht des LVR, 4. An- und Verkauf von Grundstücken sowie Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken. 		
<p>(3) Der Fachausschuss ist zuständig für die Einrichtungen, sofern einrichtungsübergreifender Regelungsbedarf besteht. Dies umfasst auch einrichtungsbezogene Maßnahmen, soweit davon Interessen des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen, harmonisierungsbedürftige Fragestellungen zwischen den Einrichtungen oder Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung berührt werden. Der Fachausschuss beschließt über:</p> <p>Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen und seiner Einrichtungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Festlegung der strategischen Positionierung, einschließlich Entwicklungsziele für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, 		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>2. Aufgabenstellung, im Sinne von umfassender Beratung, Förderung, Betreuung sowie ambulanter und stationärer Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung gemäß den Prinzipien: Normalität, Individualität, Integration und Inklusion,</p> <p>3. Ziel- und Liegenschaftsplanung,</p> <p>4. Entwurf des Haushaltsplans und des Investitionsprogramms,</p> <p>5. sachliche, räumliche und personelle Rahmenvorgaben, Messziffern und Richtzahlen, einschließlich Stellenschlüssel,</p> <p>6. Grundsätze für die organisatorische Gliederung,</p> <p>7. übergreifende Vorgaben für das Energiemanagement,</p> <p>8. übergreifende, umweltrelevante Maßnahmen zur Reduzierung der umweltbezogenen Einflüsse der Einrichtungen und Liegenschaften sowie die Festlegung von Anforderungen an das Umweltmanagement und das Öko-Audit,</p> <p>Aufgabenkreis Weiterentwicklung des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement:</p> <p>9. Konzepte und Rahmenvorgaben für Planungen für mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungskosten, soweit die Gesamtkosten der Maßnahmen 1.000.000 € überschreiten,</p> <p>10. Festlegung von Betreuungs- Pflegestandards,</p> <p>11. Grundsätze verbundbezogener Qualitätsberichte,</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>12. Grundsätze des Beschwerdemanagements im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, unter Berücksichtigung der dazu erlassenen landschaftsverbandsweiten Regelungen,</p> <p>Aufgabenkreis Personalmanagement:</p> <p>13. Einstellung, Bestellung und Abberufung von Mitgliedern der Betriebsleitungen sowie deren Vertreterinnen und Vertreter,</p> <p>14. verbundweite Grundsatzangelegenheiten des Personalwesens, unter Berücksichtigung der Rahmenvorgaben für den LVR,</p> <p>15. allgemeinen Vertrags- und Anstellungsbedingungen für die Mitglieder der Betriebsleitungen und deren Vertreterinnen bzw. Vertreter,</p> <p>16. einrichtungsübergreifende Personalentwicklungsprogramme.</p>		
<p>(4) Soweit Maßnahmen auf Grund einer Entscheidung der Direktorin bzw. des Direktors einrichtungsübergreifend bzw. verbundbezogen wahrzunehmen sind, entscheidet der Ausschuss über:</p> <p>1. Planung, Durchführung und Vergabe von Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €,</p> <p>2. verbundbezogene Gutachter- und Berateraufträge im Wert von mehr als 50.000 €,</p>		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>3. verbundbezogene Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen mit einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>4. Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen mit Ausnahme von Prüfaufträgen an Prüfsachverständige im Hochbau bzgl. der unter Nummer 1 genannten Baumaßnahmen bei Aufträgen mit mehr als 50.000 € Honorarsumme.</p>		
<p>§ 19 Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Betriebsausschuss</p>	<p>§ 19 Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Betriebsausschuss</p>	
<p>(1) Alle Maßnahmen und Regelungen, die für die Entwicklung der Einrichtung bedeutend sind und über den Rahmen der laufenden Betriebsführung hinausgehen, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses, wenn sie die Einrichtung unmittelbar betreffen und nicht einrichtungsübergreifend geregelt werden. Dabei ist der Betriebsausschuss an die vom Fachausschuss beschlossenen Rahmenvorgaben und grundsätzlichen Entwicklungsziele gebunden. Der Betriebsausschuss berät und überwacht die Betriebsleitung.</p>		
<p>(2) Der Betriebsausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die der Entscheidung der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses oder eines anderen Fachausschusses vorbehalten sind.</p>		
<p>(3) Dem Betriebsausschuss sind folgende Aufgaben zur Entscheidung zugewiesen:</p>	<p>(3) Dem Betriebsausschuss sind folgende Aufgaben zur Entscheidung zugewiesen:</p>	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen und seiner Einrichtungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. einrichtungsspezifische Maßnahmen zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen, im Rahmen der strategischen Positionierung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen, <p>Aufgabenkreis Weiterentwicklung des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement:</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Abnahme der einrichtungsbezogenen Qualitätsberichte (Managementbewertungen), 3. Behandlung von einrichtungsbezogenen Petitionen, Anregungen und Beschwerden sowie die diesbezüglichen Zweijahresberichte, <p>Aufgabenkreis Personalmanagement und Organisationsfragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. Geschäftsordnung für die Betriebsleitung nach § 6 Absatz 3 der Betriebssatzung für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, 5. Freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfungen, im Rahmen der Standortauswahl für größere Neubauvorhaben, 6. Planungsvorgaben zum einrichtungsspezifischen Energiemanagement, 7. Vorgaben zur Reduzierung der umweltbezogenen Einflüsse sowie die Festlegung von Anforderungen an das 	<p>Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen und seiner Einrichtungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. einrichtungsspezifische Maßnahmen zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen, im Rahmen der strategischen Positionierung des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen, <p>Aufgabenkreis Weiterentwicklung des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement:</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Abnahme der einrichtungsbezogenen Qualitätsberichte (Managementbewertungen), 3. Behandlung von einrichtungsbezogenen Petitionen, Anregungen und Beschwerden sowie die diesbezüglichen Zweijahresberichte, <p>Aufgabenkreis Personalmanagement und Organisationsfragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. Geschäftsordnung für die Betriebsleitung nach § 6 Absatz 3 der Betriebssatzung für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, 5. Freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfungen, im Rahmen der Standortauswahl für größere Neubauvorhaben, 6. Planungsvorgaben zum einrichtungsspezifischen Energiemanagement, 7. Vorgaben zur Reduzierung der umweltbezogenen Einflüsse sowie die Festlegung von Anforderungen an das 	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Umweltmanagement und das Öko-Audit bei einrichtungsbezogenen Projekten und Maßnahmen,</p> <p>Aufgabenkreis Finanzen / Investitionen / Controlling:</p> <p>8. Planung, Durchführung und Vergabe von einrichtungsbezogenen Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €,</p> <p>9. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>10. einrichtungsbezogene Gutachter- und Berateraufträge im Wert von mehr als 50.000 €,</p> <p>11. Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen, mit Ausnahme von Prüfaufträgen an Prüfsachverständige im Hochbau, bzgl. der unter Nummer 8 genannten Baumaßnahmen bei Aufträgen mit mehr als 50.000 € Honorarsumme,</p> <p>12. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>13. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Ansatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahme entschieden haben,</p>	<p>Umweltmanagement und das Öko-Audit bei einrichtungsbezogenen Projekten und Maßnahmen,</p> <p>Aufgabenkreis Finanzen / Investitionen / Controlling:</p> <p>8. Planung, Durchführung und Vergabe von einrichtungsbezogenen Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €,</p> <p>9. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>10. einrichtungsbezogene Gutachter- und Berateraufträge im Wert von mehr als 50.000 €,</p> <p>11. Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen, mit Ausnahme von Prüfaufträgen an Prüfsachverständige im Hochbau, bzgl. der unter Nummer 8 genannten Baumaßnahmen bei Aufträgen mit mehr als 50.000 € Honorarsumme,</p> <p>12. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>13. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Ansatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahme entschieden haben,</p>	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
14. Miet- und Pachtverträge für Grundstücke und Räume des Sondervermögens mit einer Monatsmiete von mehr als 15.000 €, 15. Vorschläge gegenüber der Gemeindeprüfanstalt zur Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss, 16. die Entlastung der Betriebsleitung, 17. Stundung und Erlass / unbefristete Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €.	14. Miet- und Pachtverträge für Grundstücke und Räume des Sondervermögens (Vermietungen/Verpachtungen) mit einer Monatsmiete von mehr als 15.000 €, 15. Vorschläge gegenüber der Gemeindeprüfanstalt zur Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss, 16. die Entlastung der Betriebsleitung, 17. Stundung und Erlass / unbefristete Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €.	s. o.
(4) Die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland und die Betriebsleitung unterrichten den Betriebsausschuss umfassend über alle wichtigen betrieblichen Angelegenheiten. Hierzu gehören insbesondere: 1. die Einrichtung oder Auflösung von Regionen, Betriebsbereichen und ambulanten Diensten, 2. die Organisationsstruktur der Einrichtungen, 3. Festlegung oder Änderung von Versorgungsbereichen, im Rahmen der Zielplanung, 4. vierteljährliche Zwischenberichte über die Aufwendungen und Erträge sowie die Abwicklung des Vermögensplans, 5. vierteljährliche Übersicht über die getätigten Vergaben ab einer Summe von 10.000 €.		
§ 20 Gesundheitsausschuss	§ 20 Gesundheitsausschuss	
(1) Der Gesundheitsausschuss ist zuständig für alle gesundheitspolitischen Grundsatzangelegenheiten und Aufgaben des Landschaftsverbandes Rheinland. Er beschließt über die Gestaltung und Weiterentwicklung der		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
psychiatrischen Versorgungsstrukturen im Rheinland durch Rahmenkonzepte, Anreiz- und Förderprogramme sowie über die Initiierung von Modellprojekten zur Verbesserung der Versorgungs- und Behandlungsqualität, Gender-Mainstreaming und Kultursensibilität.		
(2) Der Gesundheitsausschuss ist zuständig für die gesundheitspolitischen Zielsetzungen der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes, sofern einrichtungsübergreifender Regelungsbedarf besteht. Dies umfasst auch Maßnahmen auf Klinikebene, soweit davon Interessen des LVR-Klinikverbundes, harmonisierungsbedürftige Fragestellungen zwischen Einrichtungen des LVR-Klinikverbundes oder Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung berührt werden.		
(3) Er berät insbesondere über: 1. Gründung oder Übernahme von Einrichtungen oder wesentlichen Zweckänderungen von bestehenden Einrichtungen, 2. Auflösung der LVR-Kliniken oder wesentlicher Teile, 3. Qualitätsbericht für den LVR-Klinikverbund, 4. Jahresabschlussbericht des LVR-Klinikverbundes.		
(4) Er beschließt über: Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes: 1. Festlegung der strategischen Positionierung für die psychiatrie-politischen Grundsatz- und Entwicklungsziele	(4) Er beschließt über: Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes: 1. Festlegung der strategischen Positionierung für die psychiatrie-politischen Grundsatz- und Entwicklungsziele	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>des LVR-Klinikverbundes, die für die Entwicklung der LVR-Kliniken verbindlich sind,</p> <p>2. Aufgabenstellung der LVR-Kliniken, einschließlich der Gründung oder Zweckänderung von Einrichtungen der LVR-Kliniken,</p> <p>3. Ziel- und Liegenschaftsplanung der jeweiligen LVR-Klinik nach Empfehlung des zuständigen Krankenhausausschusses,</p> <p>4. Grundsätze für die organisatorische Gliederung der LVR-Kliniken,</p> <p>5. wesentliche, organisatorische Änderungen, außerhalb bestehender Zielplanungen,</p> <p>6. übergreifende Vorgaben für das Energiemanagement,</p> <p>7. übergreifende umweltrelevante Maßnahmen zur Reduzierung der umweltbezogenen Einflüsse der LVR-Klinik-Liegenschaften sowie die Festlegung von Anforderungen an das Umweltmanagement und das Öko-Audit,</p> <p>Aufgabenkreis Weiterentwicklung des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement:</p> <p>8. Konzept und Rahmenvorgaben für Planungen für mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen, soweit die Gesamtkosten der Maßnahmen 1.000.000 € überschreiten,</p> <p>9. Festlegung von Behandlungs- und Betreuungsstandards,</p> <p>10. Grundsatzfragen bei der Übernahme von Lehr- und Forschungsaufgaben,</p>	<p>des LVR-Klinikverbundes, die für die Entwicklung der LVR-Kliniken verbindlich sind,</p> <p>2. Aufgabenstellung der LVR-Kliniken, einschließlich der Gründung oder Zweckänderung von Einrichtungen der LVR-Kliniken,</p> <p>3. Ziel- und Liegenschaftsplanung der jeweiligen LVR-Klinik nach Empfehlung des zuständigen Krankenhausausschusses,</p> <p>4. Grundsätze für die organisatorische Gliederung der LVR-Kliniken,</p> <p>5. wesentliche organisatorische Änderungen außerhalb bestehender Zielplanungen,</p> <p>6. übergreifende Vorgaben für das Energiemanagement,</p> <p>7. übergreifende umweltrelevante Maßnahmen zur Reduzierung der umweltbezogenen Einflüsse der LVR-Klinik-Liegenschaften sowie die Festlegung von Anforderungen an das Umweltmanagement und das Öko-Audit,</p> <p>Aufgabenkreis Weiterentwicklung des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement:</p> <p>8. Konzept und Rahmenvorgaben für Planungen für mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen, soweit die Gesamtkosten der Maßnahmen 1.000.000 € überschreiten,</p> <p>9. Festlegung von Behandlungs- und Betreuungsstandards,</p> <p>10. Grundsatzfragen bei der Übernahme von Lehr- und Forschungsaufgaben,</p>	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>11. Gründung oder Auflösung von Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen,</p> <p>12. Grundsätze klinikverbundbezogener Qualitätsberichte,</p> <p>13. Grundsätze des Beschwerdemanagements im LVR-Klinikverbund, unter Berücksichtigung der dazu erlassenen landschaftsverbandsweiten Regelungen,</p> <p>Aufgabenkreis Personalmanagement:</p> <p>14. klinikverbundweite Grundsatzangelegenheiten des Personalwesens, unter Berücksichtigung der Rahmenvorgaben für den LVR,</p> <p>15. allgemeine Vertrags- / Anstellungsbedingungen für die Mitglieder des Klinikvorstandes und deren Vertreterinnen bzw. Vertreter,</p> <p>16. Vorgaben und Weiterentwicklung von Leitlinien für die Führungskräfte der LVR-Kliniken,</p> <p>17. klinikübergreifende Personalentwicklungsprogramme,</p> <p>18. Einstellung, Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Klinikvorstandes, deren Vertreter und Vertreterinnen und der bzw. des Vorstandsvorsitzenden auf der Grundlage der Vorauswahl und unter Berücksichtigung des Votums des Krankenhausausschusses (§ 17 Absatz 4 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken),</p> <p>Aufgabenkreis Organisation:</p> <p>19. Grundsätze zum Umgang mit Wahlleistungen und Verteilung der Nebeneinkünfte,</p>	<p>11. Gründung oder Auflösung von Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen,</p> <p>12. Grundsätze klinikverbundbezogener Qualitätsberichte,</p> <p>13. Grundsätze des Beschwerdemanagements im LVR-Klinikverbund, unter Berücksichtigung der dazu erlassenen landschaftsverbandsweiten Regelungen,</p> <p>Aufgabenkreis Personalmanagement:</p> <p>14. klinikverbundweite Grundsatzangelegenheiten des Personalwesens, unter Berücksichtigung der Rahmenvorgaben für den LVR,</p> <p>15. allgemeine Vertrags- / Anstellungsbedingungen für die Mitglieder des Klinikvorstandes und deren Vertreterinnen bzw. Vertreter,</p> <p>16. Vorgaben und Weiterentwicklung von Leitlinien für die Führungskräfte der LVR-Kliniken,</p> <p>17. klinikübergreifende Personalentwicklungsprogramme,</p> <p>18. Einstellung, Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Klinikvorstandes, deren Vertreterinnen und Vertreter und der bzw. des Vorstandsvorsitzenden auf der Grundlage der Vorauswahl und unter Berücksichtigung des Votums des Krankenhausausschusses (§ 17 Absatz 4 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken),</p> <p>Aufgabenkreis Organisation:</p> <p>19. Grundsätze zum Umgang mit Wahlleistungen und Verteilung der Nebeneinkünfte,</p>	<p>redaktionelle Anpassung</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
20. Grundsätze des Sponsorings durch die Industrie und Verbände, unter Berücksichtigung der Rahmenvorgaben für den LVR, 21. die Mustergeschäftsordnung für die Klinikvorstände nach § 13 Absatz 1 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken.	20. Grundsätze des Sponsorings durch die Industrie und Verbände, unter Berücksichtigung der Rahmenvorgaben für den LVR, 21. die Mustergeschäftsordnung für die Klinikvorstände nach § 13 Absatz 1 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken.	
(5) Soweit Maßnahmen, auf Grund einer Entscheidung der Direktorin bzw. des Direktors, einrichtungsübergreifend bzw. verbundbezogen wahrzunehmen sind, entscheidet der Gesundheitsausschuss über: 1. Planung, Durchführung und Vergabe von Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €, 2. klinikverbundbezogene Gutachtens- und Beratungsaufträge im Wert von mehr als 25.000 €, 3. Vergabe von Aufträgen nach VOL mit einem Vergabewert von mehr als 300.000 €.	(5) Soweit Maßnahmen, auf Grund einer Entscheidung der Direktorin bzw. des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland , einrichtungsübergreifend bzw. verbundbezogen wahrzunehmen sind, entscheidet der Gesundheitsausschuss über: 1. Planung, Durchführung und Vergabe von Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €, 2. klinikverbundbezogene Gutachtens- und Beratungsaufträge im Wert von mehr als 25.000 €, 3. Vergabe von Aufträgen nach VOL mit einem Vergabewert von mehr als 300.000 €.	redaktionelle Ergänzung
§ 21 Krankenhausausschüsse	§ 21 Krankenhausausschüsse	
(1) Die örtliche Zuständigkeit der Krankenhausausschüsse für die einzelnen LVR-Kliniken ist wie folgt festgelegt: Krankenhausausschuss 1: LVR-Kliniken Bonn und Düren Krankenhausausschuss 2: LVR-Kliniken Köln und Langenfeld, LVR-Klinikum Düsseldorf – Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf Krankenhausausschuss 3: LVR-Kliniken Mönchengladbach und Viersen, LVR-Klinik für Orthopädie Viersen Krankenhausausschuss 4: LVR-Klinik		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
Bedburg-Hau, LVR-Klinikum Essen – Kliniken und Institut der Universität Duisburg-Essen.		
(2) Der Krankenhausausschuss ist ein Fachausschuss im Sinne der Landschaftsverbandsordnung NRW. Seine Rechte und Pflichten regelt zudem die Gemeindekrankenhausbetriebsverordnung NRW in der aktuellen Fassung, soweit in der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken nichts anderes bestimmt ist. Insofern nimmt er gleichzeitig die Aufgaben des Betriebsausschusses für die Betriebe des LVR-Klinikverbundes wahr. Seine Zusammensetzung regelt die Hauptsatzung. Die Mitglieder haften entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen. Der Krankenhausausschuss 3 nimmt gleichzeitig die Aufgaben des Betriebsausschusses für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei, entsprechend der EigVO NRW wahr.		
(3) Der Krankenhausausschuss fördert die Zusammenarbeit der Klinik mit den Anbietern vor Ort, um die regionale, gemeindepsychiatrische Vernetzung und Weiterentwicklung der Versorgung zu verbessern. Für die Entwicklung der Klinik bedeutende Maßnahmen und Regelungen, die über den Rahmen der laufenden Betriebsführung hinausgehen, bedürfen der Zustimmung des Krankenhausausschusses, wenn sie die Klinik unmittelbar betreffen und nicht einrichtungsübergreifend geregelt werden. Dabei ist der Krankenhausausschuss an die vom Gesundheitsausschuss beschlossenen Rahmenvorgaben und grundsätzlichen Entwicklungsziele für die Kliniken gebunden. Der		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
Krankenhausausschuss berät und überwacht den Klinikvorstand.		
(4) Der Krankenhausausschuss berät alle Angelegenheiten der LVR-Kliniken vor, die der Entscheidung der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses oder eines anderen Fachausschusses vorbehalten sind. Vor deren Entscheidung gibt er eine Empfehlung, insbesondere zu folgenden Angelegenheiten: 1. Ziel- und Liegenschaftsplanung, 2. wesentliche organisatorische Änderungen außerhalb bestehender Zielplanungen, 3. klinikspezifische Maßnahmen des Umweltschutzes mit grundsätzlicher Bedeutung, 4. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes, einschließlich des Investitionsprogramms, 5. Feststellung des Jahresabschlusses, 6. Verwendung eines Gewinnes oder Behandlung eines Verlustes, 7. Rückzahlung von Eigenkapital, 8. Ernennung und Beförderung der Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A 13 h. D. oder einer höheren Besoldung (§ 15 Absatz 3 Nr. 5 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken).	(4) Der Krankenhausausschuss berät alle Angelegenheiten der LVR-Kliniken vor, die der Entscheidung der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses oder eines anderen Fachausschusses vorbehalten sind. Vor deren Entscheidung gibt er eine Empfehlung, insbesondere zu folgenden Angelegenheiten: 1. Ziel- und Liegenschaftsplanung, 2. wesentliche organisatorische Änderungen außerhalb bestehender Zielplanungen, 3. klinikspezifische Maßnahmen des Umweltschutzes mit grundsätzlicher Bedeutung, 4. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes, einschließlich des Investitionsprogramms, 5. Feststellung des Jahresabschlusses, 6. Verwendung eines Gewinnes oder Behandlung eines Verlustes, 7. Rückzahlung von Eigenkapital, 8. Ernennung und Beförderung der Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A 13 h. D. oder einer höheren Besoldung (§ 15 Absatz 3 Nr. 5 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken).	
(5) Dem Krankenhausausschuss sind folgende Aufgaben zur Entscheidung zugewiesen: Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes:	(5) Dem Krankenhausausschuss sind folgende Aufgaben zur Entscheidung zugewiesen: Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung der LVR-Kliniken / des LVR-Klinikverbundes:	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>1. Krankenhausspezifische Maßnahmen zur Gestaltung und Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgungsstrukturen in der Region der LVR-Klinik, im Rahmen der strategischen Positionierung des LVR-Klinikverbundes,</p> <p>Aufgabenkreis Weiterentwicklung des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement:</p> <p>2. Abnahme der klinikspezifischen Qualitätsberichte,</p> <p>3. Bestellung und Abberufung von Ombudspersonen,</p> <p>4. Behandlung von klinikbezogenen Petitionen, Anregungen und Beschwerden sowie die diesbezüglichen Zweijahresberichte,</p> <p>5. Bereitstellung der LVR-Kliniken für Zwecke der Lehre und Forschung,</p> <p>Aufgabenkreis Personalmanagement und Organisationsfragen:</p> <p>6. Geschäftsordnung des Klinikvorstandes nach § 13 Absatz 3 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken,</p> <p>7. Bestellung und Abberufung der Mitglieder der Beiräte nach § 4 Maßregelvollzugsgesetz NRW,</p> <p>8. Freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfungen, im Rahmen der Standortauswahl für größere Neubauvorhaben,</p> <p>9. Planungsvorgaben zum klinikspezifischen Energiemanagement,</p> <p>10. Vorgaben zur Reduzierung der umweltbezogenen Einflüsse sowie die Festlegung von Anforderungen an das</p>	<p>1. Krankenhausspezifische Maßnahmen zur Gestaltung und Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgungsstrukturen in der Region der LVR-Klinik, im Rahmen der strategischen Positionierung des LVR-Klinikverbundes,</p> <p>Aufgabenkreis Weiterentwicklung des Leistungs- und Angebotsspektrums / Qualitätsmanagement:</p> <p>2. Abnahme der klinikspezifischen Qualitätsberichte,</p> <p>3. Bestellung und Abberufung von Ombudspersonen,</p> <p>4. Behandlung von klinikbezogenen Petitionen, Anregungen und Beschwerden sowie die diesbezüglichen Zweijahresberichte,</p> <p>5. Bereitstellung der LVR-Kliniken für Zwecke der Lehre und Forschung,</p> <p>Aufgabenkreis Personalmanagement und Organisationsfragen:</p> <p>6. Geschäftsordnung des Klinikvorstandes nach § 13 Absatz 3 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken,</p> <p>7. Bestellung und Abberufung der Mitglieder der Beiräte nach § 4 Maßregelvollzugsgesetz NRW,</p> <p>8. Freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfungen, im Rahmen der Standortauswahl für größere Neubauvorhaben,</p> <p>9. Planungsvorgaben zum klinikspezifischen Energiemanagement,</p> <p>10. Vorgaben zur Reduzierung der umweltbezogenen Einflüsse sowie die Festlegung von Anforderungen an das</p>	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Umweltmanagement und das Öko-Audit bei klinikbezogenen Projekten und Maßnahmen,</p> <p>Aufgabenkreis Finanzen / Investitionen / Controlling:</p> <p>11. Planung, Durchführung und Vergabe von klinikbezogenen Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €,</p> <p>12. klinikbezogene Gutachten- und Beratungsaufträge im Wert von mehr als 25.000 €,</p> <p>13. die Vergabe von klinikbezogenen Aufträgen nach VOL mit einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>14. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>15. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Ansatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahmen entschieden haben,</p> <p>16. Miet- und Pachtverträge für Grundstücke und Räume des Sondervermögens mit einer Monatsmiete von mehr als 15.000 €,</p> <p>17. Vorschläge gegenüber der Gemeindeprüfanstalt zur Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss,</p> <p>18. die Entlastung des Klinikvorstandes,</p> <p>19. Stundung und Erlass / unbefristete Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €.</p>	<p>Umweltmanagement und das Öko-Audit bei klinikbezogenen Projekten und Maßnahmen,</p> <p>Aufgabenkreis Finanzen / Investitionen / Controlling:</p> <p>11. Planung, Durchführung und Vergabe von klinikbezogenen Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €,</p> <p>12. klinikbezogene Gutachten- und Beratungsaufträge im Wert von mehr als 25.000 €,</p> <p>13. die Vergabe von klinikbezogenen Aufträgen nach VOL mit einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>14. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>15. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Ansatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahmen entschieden haben,</p> <p>16. Miet- und Pachtverträge für Grundstücke und Räume des Sondervermögens (Vermietungen/Verpachtungen) mit einer Monatsmiete von mehr als 15.000 €,</p> <p>17. Vorschläge gegenüber der Gemeindeprüfanstalt zur Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss,</p> <p>18. die Entlastung des Klinikvorstandes,</p> <p>19. Stundung und Erlass / unbefristete Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €.</p>	<p>s. o.</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
(6) Der Krankenhausausschuss führt die Vorauswahl, im Zusammenhang mit der Einstellung, Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Klinikvorstandes, deren Vertreterinnen und Vertreter im Sinne des § 9 der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken und der bzw. des Vorstandsvorsitzenden durch und unterbreitet dem Gesundheitsausschuss einen Personalvorschlag.		
(7) Die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland und der Klinikvorstand unterrichten den Krankenhausausschuss umfassend über alle wichtigen betrieblichen Angelegenheiten. Hierzu gehören insbesondere: 1. die Einrichtung oder Auflösung von Abteilungen, Betriebsbereichen und ambulanten Diensten, im Rahmen der Zielplanung, 2. die Organisationsstruktur der LVR-Klinik, 3. Festlegung oder Änderung von Versorgungsbereichen, im Rahmen der Zielplanung, 4. die Annahme der Budgetvereinbarungen, 5. Vorlage der nach § 18 Absatz 3 der Betriebssatzung der LVR-Kliniken zu erstellenden Zwischenberichte über die Aufwendungen und Erträge sowie die Abwicklung des Vermögensplans zum Ende des Folgemonats, 6. vierteljährliche Übersicht über die getätigten Vergaben ab einer Summe von 10.000 €, 7. Mehrauszahlungen bei Baumaßnahmen bis zu 1.000.000 € (Geschäft der laufenden Betriebsführung), wenn die Mehrauszahlungen mindestens 100.000 € übersteigen,		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
8. Persönliche Vorstellung der nach § 10 Absatz 2 der Betriebssatzung der LVR-Kliniken eingestellten oder bestellten Personen.		
§ 22 Betriebsausschuss für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei	§ 22 Betriebsausschuss für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei	
(1) Der Betriebsausschuss für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei berät alle Angelegenheiten der Krankenhauszentralwäscherei vor, die der Entscheidung der Landschaftsversammlung, des Landschaftsausschusses oder eines anderen Fachausschusses vorbehalten sind.		
(2) Dem Betriebsausschuss sind folgende Aufgaben zur Entscheidung zugewiesen: Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung der LVR-Krankenhauszentralwäscherei: 1. Festlegung der grundlegenden Lieferbedingungen (insbesondere Festlegung der Wäschepreise), 2. Grundsätze für die organisatorische Gliederung, 3. Wesentliche Änderungen der strategischen Positionierung, einschließlich der Entwicklungsziele, Aufgabenkreis Personalmanagement und Organisationsfragen: 4. Geschäftsordnung der Betriebsleitung nach § 11 Absatz 3 der Satzung für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei, 5. Freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfungen, im Rahmen der Standortauswahl für größere Neubauvorhaben,	(2) Dem Betriebsausschuss sind folgende Aufgaben zur Entscheidung zugewiesen: Aufgabenkreis Unternehmensentwicklung der LVR-Krankenhauszentralwäscherei: 1. Festlegung der grundlegenden Lieferbedingungen (insbesondere Festlegung der Wäschepreise), 2. Grundsätze für die organisatorische Gliederung, 3. Wesentliche Änderungen der strategischen Positionierung, einschließlich der Entwicklungsziele, Aufgabenkreis Personalmanagement und Organisationsfragen: 4. Geschäftsordnung der Betriebsleitung nach § 11 Absatz 3 der Satzung für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei, 5. Freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfungen, im Rahmen der Standortauswahl für größere Neubauvorhaben,	

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>Aufgabenkreis Finanzen / Investitionen / Controlling:</p> <p>6. Planung, Durchführung und Vergabe von Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €,</p> <p>7. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>8. einrichtungsbezogene Gutachter- und Berateraufträge im Wert von mehr als 50.000 €,</p> <p>9. Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen mit Ausnahme von Prüfaufträgen an Prüfsingenieure im Hochbau, bzgl. der unter Nummer 6 genannten Baumaßnahmen bei Aufträgen mit mehr als 50.000 € Honorarsumme,</p> <p>10. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>11. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Ansatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahmen entschieden haben,</p> <p>12. Miet- und Pachtverträge für Grundstücke und Räume des Sondervermögens mit einer Monatsmiete von mehr als 15.000 €,</p>	<p>Aufgabenkreis Finanzen / Investitionen / Controlling:</p> <p>6. Planung, Durchführung und Vergabe von Baumaßnahmen und Bauunterhaltung sowie mittel- und langfristige Investitionen / Instandhaltungen von mehr als 1.000.000 €,</p> <p>7. die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 €,</p> <p>8. einrichtungsbezogene Gutachter- und Berateraufträge im Wert von mehr als 50.000 €,</p> <p>9. Architekten-, Ingenieur- und Beratungsleistungen mit Ausnahme von Prüfaufträgen an Prüfsingenieure im Hochbau, bzgl. der unter Nummer 6 genannten Baumaßnahmen bei Aufträgen mit mehr als 50.000 € Honorarsumme,</p> <p>10. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, sofern sie nicht unabweisbar und nicht eilbedürftig sind,</p> <p>11. nicht eilbedürftige Mehrausgaben von mehr als 50.000 € oder 30 % des Ansatzes für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, mindestens jedoch 25.000 €, sofern nicht andere Gremien in ihrer Zuständigkeit über die Maßnahmen entschieden haben,</p> <p>12. Miet- und Pachtverträge für Grundstücke und Räume des Sondervermögens (Vermietungen/Verpachtungen) mit einer Monatsmiete von mehr als 15.000 €,</p>	<p>s. o.</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
13. Vorschläge gegenüber der Gemeindeprüfanstalt zur Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss, 14. die Entlastung der Betriebsleitung, 15. Stundung und Erlass / unbefristete Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €.	13. Vorschläge gegenüber der Gemeindeprüfanstalt zur Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss, 14. die Entlastung der Betriebsleitung, 15. Stundung und Erlass / unbefristete Niederschlagung von Forderungen von mehr als 10.000 €.	
(3) Der Betriebsausschuss führt die Vorauswahl, im Zusammenhang mit der Einstellung, Bestellung und Abberufung der Betriebsleitung sowie deren Vertretung durch und unterbreitet dem Landschaftsausschuss einen Personalvorschlag.		
(4) Die Direktorin / der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland und die Betriebsleitung unterrichten den Betriebsausschuss umfassend über alle wichtigen betrieblichen Angelegenheiten. Hierzu gehören insbesondere: 1. Vorlage der nach § 11 Absatz 5 der Satzung für die LVR-Krankenhauszentralwäscherei zu erstellenden Zwischenberichte über die Aufwendungen und Erträge sowie die Abwicklung des Vermögensplans, 2. vierteljährliche Übersicht über die getätigten Vergaben ab einer Summe von 10.000 €.		
§ 23 Kulturausschuss	§ 23 Kulturausschuss	
(1) Der Kulturausschuss ist zuständig für Angelegenheiten der landschaftlichen Kulturpflege und ihrer Einrichtungen, insbesondere die Unterhaltung und Pflege von Bau- und Kunstdenkmälern sowie Bodenaltertümern, Landes- und		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
Heimatismuseen, das LVR-Zentrum für Medien und Bildung und die Pflege des Archivwesens.		
<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundsätze, Fachplanungen und Einzelprojekte, 2. Haushaltsplan, 3. Ausstellungsvorhaben ab 500.000 €, insbesondere deren Finanzierung. Der Ausschuss ist über das Projekt regelmäßig zu informieren. 4. die Verwendung der Mittel der regionalen Kulturförderung. 5. die Unterstützung der Naturparke im Rheinland, 6. Fragen der kulturlandschaftsbezogenen Erziehung und Bildung in LVREinrichtungen, 7. die Erstellung von Fachbeiträgen zur Landes- und Regionalplanung, 8. die Pflanzgutförderung, 9. Verwendung der Mittel für das Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege. 	<p>(2) Er berät insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundsätze, Fachplanungen und Einzelprojekte, 2. Haushaltsplan, 3. Ausstellungsvorhaben ab 150.000 €, insbesondere deren Finanzierung. Der Ausschuss ist über das Projekt regelmäßig zu informieren. 4. die Verwendung der Mittel der regionalen Kulturförderung. 5. die Unterstützung der Naturparke im Rheinland, 6. Fragen der kulturlandschaftsbezogenen Erziehung und Bildung in LVR-Einrichtungen, 7. die Erstellung von Fachbeiträgen zur Landes- und Regionalplanung, 8. die Pflanzgutförderung, 9. Verwendung der Mittel für das Netzwerk Landschaftliche Kulturpflege. 	<p><u>Zu Ziff. 3:</u> Ergänzende Beschlussfassung 11/848: „Vor Abschluss der Vorüberlegungen und vor Eingehen rechtl. Verpflichtungen bei geplanten Ausstellungen über 150.000 € ist der Kulturausschuss zu unterrichten und regelmäßig über die weitere Planung und Realisierung bei diesen Ausstellungen zu informieren.“</p>
<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beihilfen für Zwecke der landschaftlichen Kulturpflege ab einer Zuwendungshöhe von 2.500 €, 2. Beihilfen im Bereich Denkmalpflege ab einer Zuwendungshöhe von 10.000 €, 3. die Herausgabe von neuen Publikationsreihen, 4. die Festsetzung der Höhe der Eintritts- und Führungsentgelte in den Museen des LVR, 5. Verleihung des Rheinlandtalers, 	<p>(3) Er entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Finanzielle Unterstützungen für Zwecke der landschaftlichen Kulturpflege ab einer Zuwendungshöhe von 2.500 €, 2. Finanzielle Unterstützungen im Bereich Denkmalpflege ab einer Zuwendungshöhe von 10.000 €, 3. die Herausgabe von neuen Publikationsreihen im Bereich der Kultur und landschaftlichen Kulturpflege, 	<p><u>Zu Ziff. 1 und 2:</u> Ersatz für den uneinheitlich definierten Begriff der „Beihilfe“</p> <p><u>Zu Ziff. 3:</u> Konkretisierung zum Aufgabengebiet des LVR-Dez. 9</p> <p><u>Zu Ziff. 4:</u> Ergänzende Beschlussfassung zu 13/3460, die die Leitungen der LVR-Museen ermächtigt, Entgelte unter</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
<p>6. Vergabe von Preisen und anderen Auszeichnungen, 7. Festlegung der Förderrichtlinien zur Förderung nichtstaatlicher Archive und Museen im Rheinland, 8. Zustimmung zum Entwurf des Denkmalförderprogrammes des Landes NRW (Benehmensherstellung des LVR gem. § 36 Absatz 1 DSchG NRW), 9. Berufung der Fachmitglieder des Ökologischen Beirates a) des LVR-Freilichtmuseums für Ökologie und bäuerlich-handwerkliche Kultur Lindlar, b) des LVR-Freilichtmuseums Kommern – Rheinisches Landesmuseum für Volkskunde im Benehmen mit dem Umweltausschuss, 10. Berufung der Beiratsmitglieder des wissenschaftlichen Beirates für die Publikation des Rheinischen Städteatlases.</p>	<p>4. die Festsetzung der Höhe der Eintritts- und Führungsentgelte in den Museen des LVR, soweit die Festsetzung eine Änderung von mehr als 40% innerhalb von vier Jahren (Laufzeit ab 2018) darstellt. 5. Verleihung des Rheinlandtalers, 6. Vergabe von Preisen und anderen Auszeichnungen im Bereich der Kultur und landschaftlichen Kulturpflege, 7. Festlegung der Förderrichtlinien zur Förderung nichtstaatlicher Archive und Museen im Rheinland, 8. Zustimmung zum Entwurf des Denkmalförderprogrammes des Landes NRW (Benehmensherstellung des LVR gem. § 36 Absatz 1 DSchG NRW), 8. Berufung der Fachmitglieder des Ökologischen Beirates a) des LVR-Freilichtmuseums für Ökologie und bäuerlich-handwerkliche Kultur Lindlar, b) des LVR-Freilichtmuseums Kommern – Rheinisches Landesmuseum für Volkskunde im Benehmen mit dem Umweltausschuss, 10. Berufung der Beiratsmitglieder des wissenschaftlichen Beirates für die Publikation des Rheinischen Städteatlases.</p>	<p>Berücksichtigung sozialer Verträglichkeit in den nächsten 4 Jahren maximal um 40 % zu verändern. Darüberhinausgehende Veränderungen bedürfen der Entscheidung des Kulturausschusses. - > LÄUFT 2018 ab, neue Beschlussfassung für weitere vier Jahre erforderlich.</p> <p><u>Zu III Ziff. 6:</u> Konkretisierung zum Aufgabengebiet des LVR-Dez. 9</p> <p><u>Zu Ziff. 8 (alt):</u> Formulierung Zuständigkeitsordnung LWL § 8 II Ziff. 1 „Der Kulturausschuss beschließt über: Benehmensherstellung über das Denkmalförderungsprogramm gemäß § 36 DSchG“ Formulierung DSchG § 36 I „Die Regierungspräsidenten bereiten jährlich im Benehmen mit den LVerb (...) das Denkmalförderprogramm für das folgende Jahr vor. Das Programm enthält die Aufstellung aller beabsichtigten Maßnahmen sowie deren Kosten und Finanzierung“ -> Benehmensherstellung auf fachlicher Ebene mit ADR und ABR</p> <p><u>Zu Ziff. 8 (neu):</u> Absatz vor „im Benehmen mit dem Umweltausschuss“, da sich dies</p>

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge

**Zuständigkeits- und Verfahrensordnung
für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung
Rheinland und ihrer Kommissionen**

Vom 14.07.2011*

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Änderungsvorschlag</u>	<u>Bemerkungen</u>
		sowohl auf den Beirat Lindlar, als auch den Beirat Kommern bezieht <u>Zu Ziff. 10:</u> Beirat seit 2006 nicht mehr existent und seit Darlegung der Abfolge künftiger Atlanten im Kulturausschuss 01.02.2017 via Powerpoint-Präsentation endgültig obsolet. Für die DIGITALE Publikation der Atlanten wurde kleinerer, fachlicher Beirat seitens des ILR installiert
§ 24 Kommissionen	§ 24 Kommissionen	
Nach § 35 GeschO LVers gebildete Unterausschüsse und Kommissionen bereiten für ihren Aufgabenbereich Themen / Beschlüsse inhaltlich vor und sprechen eine Empfehlung an den zuständigen Ausschuss aus.	Nach § 35 GeschO LVers gebildete Unterausschüsse und Kommissionen bereiten für ihren Aufgabenbereich Themen / Beschlüsse inhaltlich vor und sprechen eine Empfehlung an den zuständigen Ausschuss aus.	Muss nach oder unter Vorbehalt der Änderung der GeschO angepasst werden. ➤ §§ 33f. GeschO (n. F.)
§ 25 In-Kraft-Treten	§ 25 In-Kraft-Treten	
(1) Vorstehende Neufassung der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch den Landschaftsausschuss in Kraft.		
(2) Die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihrer Kommissionen vom 28.8.2009 tritt gleichzeitig außer Kraft.		

*zuletzt geändert durch Beschluss im Landschaftsausschuss am 11.02.2015

Alle Beträge sind Brutto-Beträge